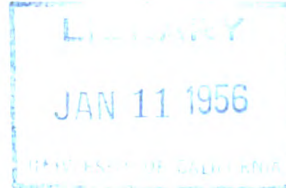


ORIGINAL  
DUPLICATE  
OTHER LIBRARIES



# Die kommunistische internationale

1927 / HEFT 30

BERLIN, DEN 26. JULI

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT

DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

## AUS DEM INHALT

Am Vorabend des 5. Kongresses der Amsterdamer Internationale / T. Mandaljan: Der Nationalreformismus der chinesischen Bourgeoisie und die Aufgaben der Kommunisten / Bosse: Amerikanische Flottenabrüstung und Genfer Konferenz / Schami: England und Aegypten / Bücher- und Zeitschriftenschau

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 30

26. JULI

## I N H A L T

	Seite
Am Vorabend des 5. Kongresses der Amsterdamer Internationale . . . . .	1437
Mandaljan: Der Nationalreformismus der chinesischen Bourgeoisie und Aufgaben der Kommunisten . . . . .	1446
Bosse: Amerikanische Flottenabrüstung und Genfer Konferenz . . . . .	1459
Schami: England und Aegypten . . . . .	1468
Sonter: Louis Fischer, „Petroleum-Imperialismus“ . . . . .	1486

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	„ 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	„ 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	„ 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	„ 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar „

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHN BLEY  
HAMBURG BERLIN

## AM VORABEND DES 5. KONGRESSES DER AMSTERDAMER INTERNATIONALE

### I.

Der Kongreß der Amsterdamer Internationale, der am 1. August seine Arbeiten in Paris beginnt, ist der erste, der während der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus zusammentritt. Er fällt in eine für die internationale Gewerkschaftsbewegung außerordentlich ernste Periode: in allen Ländern heftige Angriffe auf die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse und auf das Koalitionsrecht, in fast allen Ländern verschärfter Druck, imperialistische Intervention in China, Vorbereitungen zum imperialistischen Krieg gegen die USSR.

Der Pariser Kongreß wird erneut beweisen, daß die Amsterdamer Internationale nicht die Kampfesinternationale ist, deren die Arbeiterklasse unter so außerordentlich ernsten Umständen bedarf, sondern ein Werkzeug im Dienste des Kapitalismus.

### II.

Die Amsterdamer Internationale besteht seit acht Jahren. Im Laufe dieser Jahre, die vollgehäuft sind mit Ereignissen von größter historischer Bedeutung, hat sich die Amsterdamer Internationale nicht als eine Kraft der Zukunft, sondern als eine Kraft der Vergangenheit erwiesen: sie hat als Bremse beim revolutionären Aufstieg des Proletariats gewirkt.

Anstatt während der revolutionären Epoche die Arbeitermassen zu sammeln und sie zum Kampf gegen den Kapitalismus zu führen, verfolgt sie die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und hat keine andere Sorge, als den Wiederaufbau des schwankenden Gebäudes der kapitalistischen Wirtschaft zu fördern.

In der Periode der kapitalistischen Initiative, die nach dem Zurückfluten der ersten revolutionären Welle in allen Ländern eingesetzt hat, erweist sich die Amsterdamer Internationale als unfähig, irgend etwas zum Vorteil der Arbeiterklasse zu unternehmen, obgleich der Charakter der Unternehmeroffensive, die sich gegen die Verbesserungen der Lebensbedingungen richtet, welche sich die internationale Arbeiterschaft nach Beendigung des Weltkrieges erkämpft hatte, wie geschaffen ist, um einer Internationale, die als ihr Kampfziel nicht die revolutionäre Machtergreifung, sondern den Kampf um die Gegenwartsforderungen bezeichnet, eine Angriffsbasis zu liefern.

Nicht genug damit, daß alle Vorschläge zur Bildung einer Einheitsfront von den reformistischen Führern systematisch zurückgewiesen werden, ist im Gegenteil die Politik des Ausschlusses der oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften in vollem Gange.

Die Ruhrbesetzung, die fast Europa zum Aufflammen gebracht hätte, trifft die Amsterdamer Internationale in absoluter Passivität. In einem Augenblick, wo eine energische Aktion unbedingt nötig wäre, verliert der Reformismus seine Zeit bei pazifistischem Gerede. Der Kongreß von Rom, der im Sommer



1922 zusammentritt, ist wiederum von der Sorge um die Wiederherstellung der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht. Hier, wie auf dem Londoner Kongreß von 1920, nehmen die Fragen der Rohstoffverteilung, der Kriegsschulden, der Sicherung des Friedens auf „gerechter“ Grundlage die erste Stelle ein. Kein Wort über die wirklichen Kampfmethoden des Proletariats.

Die gegenwärtige relative Stabilisierung des Kapitalismus setzte mit der Annahme des Dawes-Planes, der so schwere Konsequenzen für die deutsche Arbeiterklasse haben sollte, ein. Dieser Plan stieß nicht nur nicht auf den Widerstand der Amsterdamer Internationale, sondern er wurde von ihr als ihr eigentliches Werk dargestellt. Der Bericht des Exekutivkomitees der Amsterdamer Internationale zum Pariser Kongreß spricht das mit schamloser Offenheit aus.

„Die Amsterdamer Internationale — so heißt es in diesem Bericht — hat die Annahme dieses Planes geprüft, der in voller Uebereinstimmung mit der Politik steht, die sie seit 7 Jahren führt.“

Was die kapitalistische Rationalisierung betrifft, so hat sie in Deutschland, wo sie in der konsequentesten Weise in die Praxis umgesetzt wurde, nicht nur die direkte Unterstützung der Reformisten gefunden, es muß sogar festgestellt werden, daß dieser Gedanke von ihnen ausgegangen ist. Das ist nur eine Konsequenz der „Amerikanisierung“ des europäischen Reformismus, der, vom progressiven Charakter der Rationalisierung fasziniert, ohne Zögern alle ihre Konsequenzen akzeptiert hat, die die Arbeiterschaft aufs Schwerste treffen. Der Reformismus hat in allen Ländern direkt bei der Herabsetzung der Löhne, bei der Verlängerung der Arbeitszeit mitgewirkt, er hat nicht das Geringste unternommen, um die Wirkungen der Arbeitslosigkeit abzuschwächen, die zu einer normalen Erscheinung geworden ist, und hat die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse sabotiert, wenn diese sich erhob, um ihre bedrohten Lebensinteressen zu verteidigen. (Englischer Bergarbeiterstreik vom vergangenen Jahr).

### III.

Was bedeutet die Amsterdamer Internationale in der augenblicklichen Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus?

Nach dem Bericht des Exekutivkomitees des Pariser Kongresses beträgt die Zahl der Mitglieder der Amsterdamer Internationale 13 445 533. Wenn wir die Tatsache in Rechnung ziehen, daß gegenwärtig etwa 40 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind, so kann man feststellen, daß die Amsterdamer Internationale nur ein Drittel der organisierten Arbeiter aller Länder umfaßt. Eine zweite Tatsache, die festgestellt werden muß, ist, daß die Amsterdamer Internationale, obgleich es ihr seit dem Wiener Kongreß gelang, einen südamerikanischen Landesverband (Argentinien) in ihre Reihen zu ziehen und Beziehungen zum mexikanischen Landesverband und den japanischen Reformisten aufzunehmen, doch wesentlich eine europäische Internationale ist. Die Amsterdamer Internationale hat nicht das ausschließliche Recht, die internationale Gewerkschaftsbewegung zu repräsentieren. Wenn es indessen falsch wäre, die Kraft dieser Internationale zu überschätzen — was zu opportunistischen taktischen Fehlern führen kann — so wäre es nicht weniger falsch, sie zu unterschätzen.

Obwohl der Einfluß der Amsterdamer Internationale beträchtlich er-



schüttert worden ist, spielt sie eine gewichtige politische Rolle in Europa. Man darf nicht vergessen, daß sie eine beherrschende Stellung in den europäischen Ländern mit der stärksten industriellen Entwicklung einnimmt (England, Deutschland, Belgien), daß ihre nationale Zweige über einen mächtigen Gewerkschaftsapparat und über einen Stab von Führern verfügen, die eine reiche, langjährige Erfahrung haben, und daß seit dem Wiener Kongreß die internationale Disziplin in ihren Reihen sich beträchtlich verstärkt hat. Das sind ihre Aktivposten.

Nach der negativen Seite ist die Abnahme des Mitgliederbestandes zu verzeichnen. Seit ihrer Gründung hat die Amsterdamer Internationale fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. In England ist die Zahl ihrer Mitglieder von 5 283 676 auf 4 365 619 gesunken; in Deutschland von 7 338 000 auf 4 182 511; in Oesterreich von 900 820 auf 807 515 und in Belgien von 629 736 auf 552 044.

Wenn diese Abnahme des Mitgliederstandes einerseits eine Folge des allgemeinen Niederganges der Arbeiterbewegung ist, der der Periode des revolutionären Aufschwunges von 1917 bis 1920 folgte, so erklärt sie sich andererseits auch durch das mangelnde Vertrauen der Arbeitermassen zu den reformistischen Führern.

Natürlich ist es unsere Aufgabe, die Tendenz der revolutionären Arbeiterschaft, aus den reformistischen Gewerkschaften auszutreten, zu bekämpfen und sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, innerhalb dieser Gewerkschaften zu bleiben, um hier den Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie fortzuführen und sie aus der Leitung der Arbeiterorganisationen zu entfernen.

Die kapitalistische Rationalisierung hat eine wesentliche Aenderung in der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft zur Folge gehabt. Die Arbeiteraristokratie wird von Tag zu Tag eine kleinere Gruppe, während die Proletarisierung zusehends wächst. So ist die soziale Basis der Amsterdamer Internationale, die Arbeiteraristokratie, in ihren Fundamenten untergraben. Im selben Maße wie die Proletarisierung der Massen sich verstärkt und die kapitalistische Ausbeutung immer fühlbarer wird, verliert die Amsterdamer Internationale ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse, und der Prozeß der Revolutionierung des Proletariats schreitet in beschleunigtem Maße fort.

Man könnte den Charakter der Amsterdamer Internationale im gegenwärtigen Augenblick folgendermaßen formulieren: die Amsterdamer Internationale befindet sich, ganz wie der Kapitalismus selbst, in einer Periode relativer Stabilisierung, die jedoch auf ebenso schwankenden Füßen steht wie die Stabilisierung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst.

#### IV.

Abgesehen von den objektiven Elementen, die den Verfall der Amsterdamer Internationale zur Folge haben, bestehen innere Auflösungselemente: das Vorhandensein einer Linken, die Aktivität der revolutionären Minderheit, die Finanzkrise und die inneren Kämpfe um die Führung in der Internationale.

a) Die Linke in der Amsterdamer Internationale verdankt ihre Geburt hauptsächlich zwei Ursachen: dem Scheitern des Reformismus im Augenblick der Ruhrbesetzung und der Linksentwicklung des englischen Proletariats als einer Folge der schweren Wirtschaftskrise, die die kapitalistische Wirtschaft Großbritanniens erschüttert.

Die Linksbewegung hat ihren charakteristischsten Ausdruck in der Annäherung zwischen den russischen und den englischen Gewerkschaften gefunden, die zur Schaffung des Anglo-Russischen Komitees und zu der aufeinander folgenden Gründung von Einheitsfraktionen in fast allen reformistischen Organisationen Europas geführt hat.

Auf dem Wiener Kongreß von 1924 ist der linke Flügel, wenn auch nur schüchtern, zum erstenmal in Erscheinung getreten. Die Rechten, die über die Majorität auf dem Kongreß verfügten, machten einige Konzessionen in der Frage der Erweiterung der Befugnisse der internationalen Berufsekretariate. In der Frage der Einheit jedoch wurde ein Beschluß gefaßt, der in Wirklichkeit eine Kriegserklärung an die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften darstellte und die absolute Weigerung der Amsterdamer Internationale zum Ausdruck brachte, irgendeine Aktion zu unternehmen, die zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit führen könnte. Während der drei letztvergangenen Jahre hat die Amsterdamer Linke Gelegenheit gehabt, ihr wahres Gesicht zu zeigen, ganz besonders durch die Haltung der Führer des Generalrats der englischen Trade-Unions während des Generalstreiks und des Bergarbeiterkampfes von 1926. Die systematische Sabotage des Anglo-Russischen Komitees hat bewiesen, daß die sogenannten linken Führer im Grunde sich in voller Uebereinstimmung mit der Rechten befinden. Wenn sie eine Linksstellung bezogen, so geschah das unter dem Druck der Arbeitermassen.

Trotz des Verrats der sogenannten linken Führer hat das Anglo-Russische Komitee seine Aufgabe durchgeführt. Unter den Arbeitermassen, die noch unter dem Einfluß der reformistischen Amsterdamer Führer stehen, dauert die Linksentwicklung an und ist nicht mehr zum Stillstand zu bringen.

b) Neben dem linken Flügel, den man heute nicht mehr als einen einheitlichen Block bezeichnen kann, da es in ihm mehrere Schattierungen gibt (man kann z. B. Fimmen und Purcell nicht in denselben Sack stecken), besteht eine revolutionäre Opposition, die sich auf dem Boden der RGI stellt. Diese revolutionäre Opposition hat in England in diesen letzten 3 Jahren bedeutende Fortschritte gemacht. Die „Minderheitsbewegung“ ist eine mächtige Massenbewegung geworden, deren Einfluß von Tag zu Tag wächst. In Deutschland haben wir infolge der falschen Gewerkschaftspolitik der alten Parteileitung beträchtliche Positionen verloren. In den letzten Monaten ist die revolutionäre Opposition, dank einem radikalen Wechsel in der Gewerkschaftspolitik der Partei, im Begriff, die verlorenen Positionen zurückzugewinnen und wesentliche Fortschritte zu machen. In Frankreich besteht neben der CGTU, die die führende Stellung unter dem Industrieproletariat einnimmt, eine revolutionäre Opposition innerhalb der reformistischen CGT. Indessen muß man zugestehen, daß diese Opposition sehr schwach ist, sie ist jedoch eine wirksame Stütze für die zunehmende Einheitsbewegung. Am schwächsten sind unsere Positionen in Oesterreich und Belgien. Indessen wird eine wohlorganisierte revolutionäre Minderheit in zunehmendem Maße die bewegende und ordnende Kraft für alle oppositionellen Strömungen innerhalb der reformistischen Organisationen werden.

c) Zu diesen allgemeinen Auflösungsursachen kommen innere Gründe, in erster Linie die Finanzkrise. In dieser Beziehung befindet sich die Amster-

damer Internationale geradezu in einer katastrophalen Situation. Von 24 angeschlossenen Organisationen haben elf kein Eintrittsgeld gezahlt und sechs während mehrerer Jahre keine Beiträge. Im Jahre 1926 beliefen sich die Einnahmen auf 100 000 Gulden und die Kosten auf 171 000 Gulden. Es wurde versucht, die Kosten zu reduzieren, doch wurden davon insbesondere die Kulturarbeit und die Verlagsarbeit betroffen; das meiste aber verschlingt der Apparat selbst. Die Sekretäre beziehen 10 000 Gulden jährlich. Die Reisespesen erreichen phantastische Summen und die Büroangestellten der Amsterdamer Internationale werden alle vorzüglich entlohnt. Nach dem Bericht des Exekutivkomitees der Amsterdamer Internationale an den Pariser Kongreß besteht ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Sekretäre und der der Angestellten. Während seit dem Jahre 1923 das Personal von 48 auf 20 Personen reduziert worden ist, ist die Zahl der Sekretäre die gleiche geblieben.

„Entweder — heißt es in einem Artikel Rimensbergers im Juniheft der „Arbeit“ — gibt es unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen zuviel Sekretäre, oder das Personal ist zu klein.“

In dieser Beziehung herrscht bei den Amsterdamer ein wahres Drunter und Drüber. Die Verwaltungsführung Oudegeests wird allgemein verurteilt. Der holländische Sozialdemokrat Veckerley hat einen Artikel über diesen Gegenstand in dem Organ Paul Levis veröffentlicht, der dann durch die ganze Amsterdamer Presse gegangen ist. Dieser Artikel enthält die schärfste Kritik an Oudegeest; er ist jedoch nicht freundlicher in bezug auf die übrigen Sekretäre. Nach Veckerley wurden im Laufe von 3 Jahren 600 000 Gulden ausgegeben, wovon 317 000 der Unterhaltung des Apparats, 48 000 für Propaganda und literarische Zwecke, 30 000 für Reisespesen dienten. Nachdem die Kosten für die Aufrechterhaltung des Apparats eine derartige Höhe erreichen, versteht es sich von selbst, daß die finanzielle Solidarität für in Streik stehende Arbeiter den allerletzten Platz einnimmt.

In finanzieller Beziehung befindet sich also Amsterdam in einer Sackgasse. Wie soll es daraus herauskommen? Die englische und die schweizer Organisation schlagen vor, den Sitz der Internationale in ein anderes Land zu verlegen, das billiger ist als Holland. Wie bekannt, war dieses Land zum Sitz der Internationale gewählt worden, weil es darauf ankam, ein neutrales Land zu wählen, das keine allzu große Bedeutung hat. Wenn ein wichtiges Land zum Schutz der Internationale geworden wäre, so wäre keine Uebereinstimmung zwischen den Führern der Internationale erzielt worden und die alten Rivalitäten wären aufs neue aufgetaucht. Ein anderes Mittel, das vorgeschlagen wird, um aus der Situation herauszukommen, ist die Reduktion der Bezüge der Sekretäre. Aber Oudegeest hat mit Entrüstung erklärt, daß er niemals in eine Reduktion seines Gehalts einwilligen würde. Auch die Verminderung der Zahl der Sekretäre ist ins Auge gefaßt worden. Aber auch hier tauchen die alten Rivalitäten von neuem auf. Wie bekannt, besteht das Sekretariat zur Zeit außer aus Oudegeest aus Sassenbach und Brown. Nun sind weder England noch Deutschland geneigt, auf ihre Posten zu verzichten. Obgleich das Präsidium der Internationale in einer offiziellen Notiz erklärt hat, daß in dieser Frage Uebereinstimmung erzielt worden ist, möchten wir nicht glauben, daß eine derartige Uebereinstimmung besteht. Auch die Erhöhung der Beiträge wurde vorgeschlagen; dieser Vorschlag stammt von



Oudegeest und der holländischen Landeszentrale und wird vom Präsidium der Internationale selbst gestützt. Er besteht darin, durch drei Jahre hindurch einen außerordentlichen Beitrag von 3 Gulden auf je 1000 Mitglieder zu erheben, abgesehen von dem gewöhnlichen Beitrag von 12 Gulden.

Ein anderer Streitpunkt ist die Frage der Struktur der Internationale. Die Linke, die in diesem Punkt von der österreichischen Zentrale gestützt wird, wünscht die Rekonstruktion der Internationale auf der Basis der internationalen Berufssekretariate. In einem Artikel, der am 5. Juni in der Wiener „Arbeiterzeitung“ erschien und vom Pressedienst der Amsterdamer Internationale abgedruckt wurde, stützt der Sekretär der österreichischen Zentrale, Hueber, mit guten Gründen die Vorschläge der Linken. Sein wesentlicher Grundsatz ist die Anpassung der Organisation der Internationale an die Erfordernisse des Kampfes.

„Die gewerkschaftliche Internationale soll nicht nur ein internationales Büro sein, das den Gewerkschaften Informationen über gewerkschaftliche Fragen in andern Ländern gibt, sondern in der Zeit der verschärften gewerkschaftlichen Kämpfe in allen Ländern, in der Zeit, da sich die Verschärfung der Klassenkämpfe auch jeden Tag im gewerkschaftlichen Leben zeigt, muß es möglich sein, internationale und gewerkschaftliche Aktionen zu vollbringen.“

Wie ist eine derartige Umwandlung durchzuführen? Nur durch die Wiederherstellung der Internationale auf der Basis der internationalen Berufssekretariate, deren Rolle sich in der Nachkriegszeit von Grund auf geändert hat, und wo ein „ungleich frischeres gewerkschaftliches Leben herrscht als früher“. Der Kampf der Arbeiterklasse hat den nationalen Rahmen gesprengt und die Aufgaben der internationalen Berufssekretariate sind von höchster Schwierigkeit.

„So wie die gewerkschaftliche Landeszentrale die Zusammenfassung der Branchenorganisation eines Landes ist, so soll auch der Internationale Gewerkschaftsbund eine Gewerkschaftskommission im internationalen Maßstab sein.“

In der Praxis fordert die Linke nicht das Verschwinden der Landeszentralen, sondern die gleichmäßige Vertretung dieser Zentralen und der internationalen Berufssekretariate im Amsterdamer Generalrat. Fimmen, der schon im Jahre 1924 für diese Umwandlung der Internationale eingetreten ist, unterstützt die Vorschläge Huebers aufs wärmste. Natürlich bekämpft die Rechte diese Vorschläge unter dem Vorwand, daß ihre Anwendung eine Verstärkung der berufsegoistischen Tendenzen darstellen würde. In einem Artikel des „Vorwärts“ gleitet Sassenbach geschickt über diese Frage hinweg, obgleich er behauptet, alle grundsätzlichen Fragen zu berühren, die auf dem Pariser Kongreß zur Diskussion stehen. In seinem Artikel in der „Arbeit“, den wir weiter oben erwähnt haben, ist Rimensberger weniger geschickt als Sassenbach; er bekämpft die Vorschläge der Linken mit der seltsamen Begründung, daß nichts die Internationale Gewerkschaftsbewegung dazu treibe, ihre Organisation zu verstärken und zu einer größeren Zentralisation zu kommen, da selbst im nationalen Rahmen die Frage der Berufssekretariate noch nicht befriedigend gelöst sei und daß „die eigentliche Zeit des IGB noch gar nicht gekommen ist“.

Zweifellos wird man auf dem Pariser Kongreß, ganz wie seiner Zeit auf dem Wiener, zu einem Kompromiß kommen. Den Linkstendenzen wird in

gewissem Sinne Rechnung getragen werden, aber die hauptsächlichsten Positionen werden der Rechten vorbehalten bleiben.

## V.

Im Laufe der letzten Monate haben die Diskussionen über interne Fragen in der Amsterdamer Presse die beherrschende Stelle eingenommen. Die so wichtigen Probleme, die im gegenwärtigen Augenblick vor der internationalen Arbeiterklasse stehen, sind vollkommen in den Hintergrund getreten. In-dessen sind eine Reihe von wichtigen Problemen auf die Tagesordnung des Pariser Kongresses gestellt, beispielsweise der Kampf um den Achtstundentag, die Organisation der internationalen Solidarität im Streikfalle, der Kampf gegen den Krieg und gegen den Militarismus. Die Frage der gewerkschaftlichen Einheit ist nicht auf die Tagesordnung gestellt, aber sie wird Gegenstand einer Debatte sein, da die englische Delegation einen Antrag zu dieser Frage eingebracht hat.

Der Berichterstatter über die Frage des Achtstundentags ist Leipart. Das besagt schon genug über das, was man von diesem Bericht erwarten kann, da der ADGB direkt an der Verlängerung der Arbeitszeit mitgewirkt und den Achtstundentag auf dem Altar der kapitalistischen Rationalisierung geopfert hat. Die Amsterdamer Internationale hat nichts unternommen, um die Arbeiterklasse gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf den Achtstundentag zu schützen. Sie hat alle ihre Hoffnungen auf das internationale Arbeitsamt gesetzt, und ihre Kampflosung ist sozusagen die Ratifikation des Washingtoner Abkommens gewesen. Das Scheitern dieser Taktik ist so augenfällig, daß selbst in den Reihen der Reformisten die Unzufriedenheit zum Ausdruck kam. Deswegen hat der holländische reformistische Führer Stenhuis, der — im Grund ein überzeugter Rechter — die Rolle eines linken Führers spielt, im Organ der holländischen Gewerkschaften „De Strijd“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er den Kurs auf das internationale Arbeitsamt offen bekämpft und die Ersetzung dieser Politik durch eine direkte Aktion der Arbeiterklasse fordert.

„Unserer Meinung nach — sagt er — hat die Amsterdamer Internationale ihre Aufgabe in bezug auf die Frage des Achtstundentages nicht erfüllt. Sie hat sich allzu sehr durch die Regierungen und die offiziellen Konferenzen beeinflussen lassen.“

Der Generalrat bringt seinerseits den Entwurf einer Resolution ein, die die Fortführung der alten Politik der Zusammenarbeit bedeutet. Zweifellos wird diese Strömung die Oberhand gewinnen. Ihrem Wesen nach kann die Amsterdamer Internationale nur eine Politik führen, die den Interessen der Bourgeoisie dient.

Der Berichterstatter über die Frage der Solidarität im Streikfall ist der wohlbekannte Streikbrecher Sassenbach. Der vorgeschlagene Resolutionsentwurf ändert nicht viel an den früheren Beschlüssen. Dieselben Einschränkungen treten darin auf. Die Solidarität wird unter solchen Vorbehalten gewährt, daß die Arbeiterorganisationen gut daran tun werden, nur auf ihre eigene Kraft zu zählen und keinerlei Hoffnungen hinsichtlich einer Unterstützung durch die Amsterdamer Internationale zu hegen. Die bedeutungsvollste Tatsache ist diese: Die Frage der Schaffung eines internationalen Streikfonds wird auf den nächsten Kongreß vertagt. Im Grunde

also ist es die Fortsetzung der alten Politik, die sich in so schmähhlicher Weise während des jüngsten englischen Bergarbeiterstreiks enthüllt hat.

Der Berichterstatter über die Frage der Kriegsbekämpfung ist Jouhaux, der bekannte Sozialpatriot. Besteht irgendeine Hoffnung, daß die Amsterdamer Internationale dieser Frage gegenüber die richtige Stellung einnehmen wird? Denken wir nur an die Rolle, die die Leiter der Amsterdamer Internationale während des imperialistischen Krieges von 1914—1918 gespielt haben. Sie haben sich alle an die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie gestellt und ihre spätere Haltung ist nur die konsequente Fortsetzung dieser Politik. Im „Vorwärts“ vom 4. Juni spricht Sassenbach davon, daß die „sozialpolitische Abrüstung ebenso wichtig und bedeutungsvoll ist, wie die rein militärische“. Der englische Generalrat bringt folgenden Antrag ein:

„Der Kongreß erklärt aufs neue, daß er gegen den Krieg und gegen den Militarismus Stellung nimmt und verpflichtet sich in der Folge, seinen Kampf gegen diese beiden Geiseln der Menschheit fortzuführen. Er anerkennt das Prinzip des Schiedsgerichts und die Verpflichtung des Völkerbunds, alle Konflikte, die zwischen verschiedenen Ländern entstehen, einer Prüfung zu unterziehen. Der Kongreß begrüßt alle Schritte, die in der Frage der Entwaffnung unternommen wurden, sowie das Verbot der Waffenfabrikation. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, die Arbeiten der Kommission, die sich mit der Entwaffnungsfrage beschäftigt, zu beschleunigen und fordert von allen nationalen Verbänden, daß sie ihre Regierungen zu einer Politik der Menschlichkeit antreiben, die zur Errichtung von Abkommen führt und de facto das Problem der Entwaffnung löst.“

Diese Resolution atmet reinsten Amsterdamer Geist. Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß die reformistische Internationale sich auf die Annahme mehr oder weniger abstrakter Resolutionen, die mit pazifistischen Ideologien durchtränkt sind, begnügen wird. Die Amsterdamer Internationale bereitet bereits jetzt psychologisch die Arbeitermassen auf einen Krieg gegen die Sowjetunion vor. In diesem Sinn kann man geradezu behaupten, daß die Amsterdamer Internationale in der imperialistischen Front gegen die erste Arbeiter- und Bauernrepublik im Vordertreffen steht.

Was die chinesische Revolution betrifft, so wird sich die Amsterdamer Internationale sicherlich darauf beschränken, Resolutionen gegen die militärische Intervention anzunehmen, aber ihre Politik gegenüber dem chinesischen Befreiungskampf ist wohlbekannt. Amsterdam hat nicht einmal eine Verbindung mit den chinesischen Gewerkschaftsorganisationen eingehen wollen, unter dem Vorwand, daß die Gewerkschaftsbewegung während des Bürgerkriegs sich nicht entfalten könne.

In der Frage der gewerkschaftlichen Einheit wird die Amsterdamer Rechte ihre Aufgabe wesentlich durch den Differenzierungsprozeß in der englischen Gewerkschaftsbewegung erleichtert sehen, dessen unmittelbare Folge die tiefe Krise innerhalb des Anglo-Russischen Komitees gewesen ist. Dieses Mal bringt die englische Delegation, die übrigens die Verwirklichung der Einheit nur im bedingungslosen Eintritt der russischen Gewerkschaften in die Amsterdamer Internationale sah, einen derart schwachen Antrag ein, daß er von der Rechten angenommen werden könnte. Dieser Antrag bedauert im allgemeinen, daß „zur Stunde noch nationale Verbände bestehen, die nicht der Amsterdamer Internationale angehören“, und schlägt vor, daß ein viergliedriges Komitee gebildet werde, das die Aufgabe habe, die Ursachen zu studieren, warum diese Organisationen abseits stehen und Maßnahmen



treffen, die zur Vermehrung der Organisationen, die der Amsterdamer Internationale angehören, führen können. Der deutsche Sozialdemokrat J. Steiner-Jullien hat in einem Artikel im „Vorwärts“ vom 2. Juli in zwei Zeilen den wahren Charakter dieses Antrages enthüllt. „Ein derartiges Komitee — schreibt er — wird natürlich nichts anderes tun können, als was die Organe des internationalen Gewerkschaftsbundes bisher getan haben.“ Das heißt mit anderen Worten, daß der englische Antrag tatsächlich die Fortsetzung der Sabotagepolitik bedeutet, die seit der Gründung der Internationale von ihren Führern systematisch durchgeführt wurde. Außerdem vollführt die Amsterdamer Internationale bei Gelegenheit des Pariser Kongresses ein Manöver, dessen Ziel ist, die Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen herbeizuführen, die sich auf den Boden der Einheit stellen oder ihre Sympathie für das Anglo-Russische Komitee zum Ausdruck gebracht haben. Zu diesem Zweck hat sie eine ganze Reihe von Organisationen eingeladen, die nicht Mitglieder sind, beispielsweise Mexiko, Norwegen, Finnland, Australien usw. . . . Die Tatsache, daß die Gewerkschaftszentrale der USSR, die an der Spitze der Bewegung für die gewerkschaftliche Einheit steht und die, wie wir glauben, einige Bedeutung für die internationale Gewerkschaftsbewegung hat, nicht eingeladen wurde, sagt genügend, was die wahren Absichten der Führer der Amsterdamer Internationale sind. Der Pariser Kongreß wird also wiederum die reformistische Spaltungspolitik bestätigen, die unter den augenblicklichen Umständen, wo die kapitalistische Offensive und die drohende Kriegsgefahr mehr als je den engsten Zusammenschluß aller organisierten Kräfte der Arbeiterschaft zu einer Notwendigkeit machen, geradezu verbrecherisch ist.

## VI.

Es wäre eine gefährliche Illusion, anzunehmen, daß der Pariser Kongreß zu irgendwelchen positiven Resultaten führen könnte. Aber es ist unbedingt notwendig, daß die Arbeiter aller Länder dem Verlauf dieses Kongresses die gespannteste Aufmerksamkeit zuwenden. Dieser Kongreß wird aufs neue zeigen, daß das Proletariat keine schlimmeren Feinde hat als die reformistischen Führer und daß unsere Definition der Amsterdamer Internationale als der gelben Internationale, keine demagogische Losung ist, sondern voll und ganz der Wirklichkeit entspricht.

Die Aufgabe der kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Umständen ist die folgende:

1. Wir müssen mit gespannter Aufmerksamkeit den Verlauf des Pariser Kongresses verfolgen und durch die Analyse der gefaßten Beschlüsse den wahren Charakter der Amsterdamer Internationale enthüllen.

2. Die Losungen der Kommunistischen Internationale müssen in die Praxis umgesetzt werden: 75 Prozent der Parteiarbeit müssen der Gewerkschaftsbewegung gewidmet sein, d. h. also Intensivierung unserer Fraktionsarbeit in allen reformistischen Organisationen.

3. Besondere Aufmerksamkeit ist der Ausbildung von Gewerkschaftsarbeitern zuzuwenden, die nicht nur den Arbeitermassen gegenüber die großen politischen und taktischen Probleme aufzeigen, sondern auch die kleine Gewerkschaftsarbeit des Alltags verrichten.

4. Verstärkung unserer Arbeit zur Eroberung der Leitung der Gewerk-

schaftsbewegung in den wichtigsten europäischen Industriezentren. (Deutschland, England, Belgien.)

5. Die gewerkschaftliche Organisationsarbeit in den Ländern des Nahen und Fernen Ostens ist energisch durchzuführen und jede Möglichkeit des Eindringens reformistischer Einflüsse ist zu bekämpfen, indem wir das vom Pazifischen Gewerkschaftskongreß, der im Mai dieses Jahres in Hankau stattgefunden hat, geschaffene Sekretariat nach Kräften stützen.

6. Besondere Aufmerksamkeit ist der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas zuzuwenden, die dazu berufen ist, eine große Rolle im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus zu spielen und die seit einiger Zeit der Gegenstand eines sehr verdächtigen Interesses von seiten der Amsterdamer Internationale geworden ist.

7. Jede Oppositionsbewegung in den reformistischen Gewerkschaften ist entschieden zu stützen, es sind Bündnisse mit diesen Oppositionsbewegungen zum Zweck gemeinsamer Aktionen für die gewerkschaftliche Einheit einzugehen, ohne selbstverständlich auf das Recht der Kritik zu verzichten.

8. Notwendig ist eine aktive Teilnahme der kommunistischen Parteien an der Arbeit der Roten Gewerkschaftsinternationale und eine Verstärkung des Einflusses dieser letzteren, in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der 7. Erweiterten Exekutive.

9. Wir müssen eine besonders nachdrückliche Kampagne gegen die Amsterdamer Internationale entfalten, in Verbindung mit ihrer Politik gegenüber der chinesischen Revolution, den Kriegsdrohungen gegen die USSR, den Angriffen auf den Achtstundentag und auf die Löhne usw. . . .

10. Unsere Kampagne für die gewerkschaftliche Einheit muß durch Verbindung dieser Kampagne mit dem Kampf um die unmittelbaren Tagesforderungen, gegen die kapitalistische Reaktion und die Kriegsgefahr verstärkt werden.

T. MANDALJAN :

## DER NATIONALREFORMISMUS DER CHINESISCHEN BOURGEOISIE UND DIE AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

In den bisherigen Etappen der chinesischen Revolution hat sich die Führung der jungen Kommunistischen Partei Chinas nicht als genügend elastisch gezeigt. Die Komintern stellte der KP Chinas die Aufgabe, die Hegemonie in der nationalrevolutionären Bewegung durch die Arbeiterklasse zu erobern, und schrieb auch eine richtige Taktik für den Kampf um die Hegemonie für die verschiedenen Etappen des komplizierten Prozesses der chinesischen Revolution vor. Entweder sabotierte die Leitung der KP Chinas die Verwirklichung dieser Taktik, oder sie stimmte zwar in Worten der Komintern zu, glitt aber in Wirklichkeit oft in den Sumpf des Opportunismus hinab. Bald bremste das ZK der KPCh die Entwicklung der Massenbewegung,

bald vernachlässigte es, hinter linken Phrasen verschanzt, die Aufgabe der Eroberung von Kommandohöhen innerhalb der Kuomintang, der Regierung und der Armee. Dies erleichterte die Siege der bürgerlichen Konterrevolution. Niederlagen sind aber gute Lehren. Die jungen Kommunisten, die sich in selbstlosem Kampf stählten, eigneten sich die bolschewistische Taktik der Komintern an. Man kann daher darauf rechnen, daß die KP Chinas — vorausgesetzt, daß die Führung der Partei erneuert wird — in der neuen Situation die alten Fehler nicht wiederholen und endlich verstehen wird, die notwendige elastische Taktik anzuwenden, ohne revolutionäre Positionen preiszugeben.

Die Eigenart der Lage besteht darin, daß der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie um die Hegemonie in der nationalen Revolution weitergeführt wird als Kampf um den Einfluß auf die werktätigen Massen, auf die Bauernschaft und die Stadtarmut, und zwar geführt wird unter den Bedingungen einer immer zunehmenden Klassendifferenzierung, die bereits zum offenen Bürgerkrieg zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie sowie den Verbündeten dieser beiden Klassen führt. Die Bourgeoisie hat sich gegen die Volksrevolution der Bauernschaft gewandt, sie hat aber noch nicht auf die Bestrebungen verzichtet, Zugeständnisse seitens des Imperialismus zu erreichen, China zu vereinigen, einen einheitlichen nationalen Markt zu schaffen und die feudal-kompradorischen Schichten sich zu unterwerfen. Wäre die Bourgeoisie sofort offen und eindeutig ins Lager der feudal-militaristischen Reaktion übergegangen, dann wäre die Situation bedeutend klarer, dann wären auch die taktischen Losungen der Kommunistischen Partei vereinfacht worden. Die Bourgeoisie hat aber die Revolution verraten unter dem Vorwand, China zu befreien, sie gibt sich bei ihrem Auftreten gegen die kommunistische Gefahr als die Trägerin der „nationalen Idee“ und nationaler Aufgaben aus. Sie versucht, die Sache so darzustellen, als griffe sie die Kommunisten nicht von rechts, sondern von links an. Sie bezeichnet die Kommunisten als Verräter und Bedrücker der Arbeiter und Bauern, sie beschuldigt sie, sie hätten die Absicht, mit den Imperialisten und den Militaristen ein geheimes Abkommen zu treffen, die englische Konzession in Hankau den Engländern wiederzugeben, sie übten „Verrat an der Nordexpedition und der Weltrevolution“.

„Wir schreiten von der nationalen Revolution zur Weltrevolution — verkündete die Propagandastelle der Kuomintang unmittelbar nach dem Umsturz in Kanton — wir sind überzeugt, daß der Sieg der Weltrevolution nur nach dem Sieg der nationalen Revolution zu erhoffen ist. Indem die Kommunistische Partei die nationale Revolution und die Nordexpedition sabotiert, zeigt sie sich als illoyal der nationalen Revolution gegenüber und somit ist sie auch der Weltrevolution gegenüber illoyal. Wir stürzen die Kommunistische Partei, die Verräterin an der Weltrevolution, wir stürzen sie im Interesse der Befreiung der Völker der ganzen Erde . . .“

Tschang Kai-schek, der mit Feuer und Schwert gegen die Arbeiter vorgeht, verspricht ihnen Ford-Automobile. Die rechten Kuomintang-Leute fahren fort, mit dem Einfluß zu spekulieren, den die Sowjetunion auf die Massen des chinesischen Volkes ausübt. Es ist für niemanden ein Geheimnis, daß die Behörden der Niederlassung bei der Belagerung des Sowjetkonsulats in Schanghai nicht ohne Wissen der Kantoner Generäle handelten, was die letzteren nicht im geringsten daran hinderte, Entrüstung zu simulieren und



ihr Bedauern auszudrücken. Die Kuomintang-Presse schreibt immer häufiger über „den roten Imperialismus“, ganz im Geiste der imperialistischen Presse. Das hindert aber die Redner nicht im geringsten daran, auf der Massenkundgebung in Schanghai anlässlich der Wiederkehr des 30. Mai auszurufen: „Die USSR ist unser bester Freund“ . . .

Das beweist vor allem, daß die chinesische Bourgeoisie heimtückischer, schlauer, durchtriebener ist als die feudalen Bürokraten und Kompradors. Tschang Tso-lin unterdrückt einfach und brutal die Kuomintang, die Studenten- und Arbeiterorganisationen, überhaupt jede öffentliche Betätigung. Tschang Kai-schek geht nicht minder brutal gegen die revolutionäre Öffentlichkeit vor, aber zur gleichen Zeit schafft und unterhält er pseudo-revolutionäre Organisationen, er herrscht mit Hilfe eines kombinierten Propaganda- und Agitationsapparates sowie mittels raffinierter Repressalien. Tschang Tso-lin buhlt um die Gunst der Ausländer, Tschang Kai-schek kühn handelt mit ihnen und organisiert gleichzeitig Boykotte. Auch der Repressalien- und Korruptionsapparat ist bei der nationalen Bourgeoisie bedeutend besser, „rationeller“ organisiert als bei den nördlichen Militaristen.

Die nationale Bourgeoisie klammert sich an die Kuomintang, da diese eine der wichtigsten Transmissionen ist, die die Bourgeoisie mit den Volksmassen, insbesondere mit der Kleinbourgeoisie in Stadt und Land verbinden. Die nationale Bourgeoisie will die Massen nicht nur betrügen, ihre revolutionäre Energie neutralisieren, sie will sie auch für die eigenen konterrevolutionären Zwecke ausnützen.

Die bürgerliche Reaktion zeigt sich dem chinesischen Volke in der Maske des Nationalreformismus. Darum ist sie gefährlicher als die brutale feudale Soldateska, darum erfordert der Kampf gegen sie viel kompliziertere Methoden. Was hemmungslose Gemeinheit, die heuchlerisch frechen Methoden des Massenbetrugs betrifft, so hat es die chinesische Bourgeoisie verstanden, das europäische Bürgertum in kürzester Zeit einzuholen, ja sogar zu überholen. Wir sehen, wie die Eide der Generäle in einigen Tagen vergessen und eben gegebene Versicherungen seelenruhig nicht erfüllt werden.

Die inneren Reibungen und die ständigen Umgruppierungen innerhalb des bürgerlichen Lagers, die Entstehung einer Reihe von Zwischengruppen mit dem Uebergewicht der Dorfbourgeoisie und der Großbauern (Feng Yuhsiang) bzw. der Beamtenbourgeoisie (Hunan) oder der Mittelbourgeoisie (Kiangsi) bzw. Kleinbourgeoisie (Hupe) — all das trägt noch mehr zu der Unsicherheit der Lage bei und macht dieselbe noch komplizierter. Natürlich werden sich die Kräfte der Bourgeoisie mit der weiteren Vertiefung der Klassengegensätze konsolidieren, wobei die Bourgeoisie zu einem Kompromiß mit den feudalen Elementen neigen wird.

Die Nanking-Regierung und die rechte Kuomintang stützen sich in erster Linie auf die Industrie und Handelsbourgeoisie, die mit dem ausländischen Kapital überhaupt nicht oder nur lose verbunden ist (hauptsächlich die Leichtindustrie), jedoch ist die soziale Basis der Nanking-Regierung und der rechten Kuomintang viel breiter: sie werden von der mittleren Bourgeoisie und einem bedeutenden Teil der kleinen Unternehmer unterstützt, im Dorfe stützen sie sich außerdem auf die Handelsgentry, einen Teil der Grundbesitzer (im Kampf gegen die Bauern werden sie natürlich von allen Grund-

besitzern unterstützt), in den Städten ist ihre Basis ein Teil der Kompradors, die sich auf Japan orientieren, sowie die Professur und die höher gestellten Intellektuellen.

Die Nanking-Regierung selbst ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Interessen der Kantoner und der Schanghai-Tschekjang-„Clique“. Letztere stützt sich auf die eigentlich nationale Bourgeoisie, die japanfreundliche Bourgeoisie (Yo Cha-de, ehemaliger Vorsitzender der Schanghaier Handelskammer) sowie auf die mit den Opiumkreisen verbundenen Kaufleute und Schieber usw. Allein schon die Opiumclique ist ein gewaltiges Unternehmen, an dessen Spitze drei bekannte Spekulanten stehen: Huan Tsin-jun, ehemaliger Polizeipräsident der französischen Niederlassung, der „Tiger“ Jan und die „Gitarre“ Tu (Tu Yu-sun). Diese Clique ist, „der geographischen Lage gemäß“, mit der Kriegsflotte verbunden, deren Admiral Jan Schu-tschuan faktisch der ungekrönte König der Provinz Fukien ist. Außerdem ist sie auch mit der französischen Polizei, der japanischen Ochrana und, was die Hauptsache ist, mit den lumpenproletarischen Organisationen der „Blauen“ und „Roten“ verbunden, aus denen sich jetzt die faschistischen Trupps rekrutieren.

Noch zwei Wochen vor dem Umsturz führte die Schanghai-Tschekjanger Bourgeoisie zusammen mit den Kommunisten einen Kampf gegen die englisch orientierten Großkompradors, an deren Spitze der Direktor der größten chinesischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft und Vorsitzender der Schanghaier Handelskammer Fu Sjao-jen stand. Bereits am Tage nach der Einnahme der Stadt durch die Kantoneser konspirierte aber die Bourgeoisie gegen die Arbeiterorganisationen, organisierte faschistische Trupps, bewaffnete sie usw.

Die Kantoner Bourgeoisie (die Handelsbourgeoisie, die Besitzer von Manufakturen usw.) ist bereits seit langem nach rechts abgeschwenkt. Darum gibt es innerhalb der Kantoner Clique auch halbfeudale Elemente (die Kwangsi-Generäle Bai Tschun-si und Li Ti-sin) sowie kompradorische Elemente (die sogenannte Sitschan-Gruppe). In Schanghai werden Kompradors von Tschang Kai-schek verhaftet, in Kanton aber kehrt der größte Komprador Tschen Lin-pak, der Organisator des Aufstandes der Baumwolltigger gegen Sun Yat-sen, zur alten Macht zurück.

Die Kantoneser Bourgeoisie orientiert sich auf Hongkong, die Schanghaier — auf Japan und die Vereinigten Staaten. Aus dieser Verschiedenheit der Orientierung ergibt sich denn auch die Richtung der anti-imperialistischen Bewegung und des Boykotts in diesen beiden Zentren.

Trotzdem innerhalb der rechten Kuomintang Kompradors und feudale Grundbesitzer vorhanden sind, gehört jedoch die Hegemonie in der Partei der nationalen Bourgeoisie, und sie ist es, die in der Politik der Partei und der Regierung den Ton angibt.

Indem die Bourgeoisie die Nation zu führen und zu reformieren vorgibt, ist sie bestrebt, die anti-imperialistischen Bevölkerungsschichten sich mit allen Mitteln untertan zu machen, nicht nur physisch, sondern auch ideologisch. Sie organisiert einen breit angelegten Boykott gegen die Engländer, der nicht minder energisch durchgeführt wird wie die früheren Boykotte.

Um diese Losung werden breite Volksmassen mobilisiert. Der Richter des provisorischen Schanghai Gerichts macht eine „nationale Geste“ und lehnt einen japanischen Beisitzer ab, „solange die japanischen Gerichte keine chinesischen Beisitzer zulassen“. Truppenteile Tschang Kai-scheks beschießen englische Flugzeuge über Schanghai. Die Handelskammer protestiert beim englischen Gesandten gegen das Ueberfliegen des chinesischen Territoriums durch englische Flugzeuge, gegen die Vergewaltigung einer Chinesin durch einen englischen Soldaten, gegen das Durchfahrtsverbot der Engländer für Panzerzüge auf der Schanghai-Nankinger Eisenbahnlinie, gegen das Weiterbestehen von Barrikaden an der Grenze der Niederlassung und der Chinesenstadt.

Gleichzeitig führt die Regierung hinter dem Rücken der Massen Geheilverhandlungen mit den Ausländern, in erster Linie mit den Japanern. Die anti-imperialistische Bewegung wird zu einem bequemen Hilfsmittel für den erfolgreichen Kuhhandel mit den Ausländern. Je nach dem Gang der Verhandlungen reguliert z. B. die Regierung künstlich die Anti-Japan-Bewegung.

Die Nanking-Regierung führt eine entschlossenerere ökonomische Politik als die Wuhan-Regierung. Sie hat bereits angekündigt, daß ab 1. August die Zölle auf gewöhnliche Waren auf 12,5 Prozent und auf Luxusartikel auf 30 Prozent erhöht werden, was vor allem einen Schlag für den englischen Handel bedeuten wird. Tabakerzeugnisse, sowohl chinesische als auch Importware, werden mit einer indirekten Steuer von 50 Prozent des Nominalwertes belegt, und in der Provinz Tschekjang wird ein rigoroses Tabakmonopol eingeführt. Alle diese Maßnahmen richten sich natürlich nicht nur gegen die Ausländer, sondern auch gegen die Kompradors und einen Teil der Industriellen. Die Nanking-Regierung beschränkt sich nicht auf wirtschaftliche Maßnahmen allein, sie wendet gegen die englisch orientierten Kompradors, die Sun Tschuan-fang unterstützten, auch politische Mittel an. Gegen die bekanntesten Kompradors Fu Hsjao-jen und Yun-Tschun-Sin, den Besitzer großer Textilfabriken und Mühlen in Wuhsie, und eine Reihe anderer ist ein Haftbefehl erlassen worden, und ihr Eigentum wurde als konfisziert erklärt.

Alle diese radikalen Gesten verfehlen ihre Wirkung auf die Kleinbourgeoisie, die Intellektuellen und sonstige Schichten nicht. Um die Nanking-Regierung herum entsteht eine gewisse Atmosphäre von Sympathie und Unterstützung. Doch die nationale Bourgeoisie begnügt sich damit nicht. Sie streckt ihre Fangarme nach allen Klassen des chinesischen Volkes aus und ist eifrig bemüht, ihren Einfluß auf die Massen zu stärken, indem sie die Massen durch Betrug und Repressalien, mitunter auch durch kleine Zugeständnisse, vor fremden Einflüssen zu bewahren sucht.

Auf die Kleinbourgeoisie übt die nationale Bourgeoisie ihren Einfluß durch die Spitzen der Straßenverbände aus, die durchweg aus soliden Kaufleuten bestehen, aus Leuten, die der nationalen Bourgeoisie sehr nahe stehen. Die nationale Bourgeoisie ist selbst zu einem bedeutenden Teil aus dem „Volke“, d. h. der Kleinbourgeoisie, mitunter auch aus dem Lumpenproletariat hervorgegangen, sie hält die Verbindung mit diesen Schichten aufrecht und ist daher — im Gegensatz zu den Kompradors, die, aus feudaldligen Kreisen hervorgegangen, keine Wurzeln im „einfachen Volke“

haben — mit dem Kleinbürgertum (kleinen Unternehmern) ziemlich eng verbunden. Außerdem ist das Kapital der nationalen Bourgeoisie demokratischer: durch das Aktiensystem und Teilhaberwesen dringt es tiefer in die Masse der kleinen Unternehmer ein. Ferner ist die nationale Bourgeoisie bereit, die Interessen der kleinen Unternehmer gegen die Arbeiter zu verteidigen. Auch dadurch erwirbt sie sich bei ihnen Sympathien. Des weiteren tritt die nationale Bourgeoisie als Schützerin der mittleren und kleinen Bourgeoisie gegen die Ausbeutung durch die Ausländer auf. Die zurzeit geschickt organisierte Kampagne gegen die zweiprozentige Steuererhöhung durch die Verwaltung der fremden Niederlassung in Schanghai bezweckt einerseits die Beeinflussung der Kleinbourgeoisie, ihre politische Bestechung, andererseits will man dadurch die Ausländer zwingen, der chinesischen Bourgeoisie mehr Sitze im Rat der Niederlassung einzuräumen.

Die Bourgeoisie ist bestrebt, mittels der Kuomintang nicht nur die kleinen Unternehmer, sondern auch die Massen der Handwerker und der Einzelhändler zu gewinnen, die verhältnismäßig leicht auf den Leim der pseudo-antiimperialistischen Bewegung gehen.

Die Beeinflussung der Intellektuellen will die Bourgeoisie vermittels der wohlgesinnten „radikalen“ Professur erreichen (nicht umsonst sitzen in der Nanking-Regierung drei bekannte anarchistische Professoren) sowie durch die faschistisch-nationalistischen Organisationen. Auch hier dient die anti-imperialistische Bewegung als Lockmittel. In der Provinz Tschekjang hat die Regierung verordnet, daß bis zum 1. September alle Missionsschulen den Chinesen übergeben werden sollen. Die Bourgeoisie öffnet das Ventil der anti-imperialistischen Bewegung, um der revolutionären Energie der studierenden Jugend einen Ausweg zu verschaffen. Die Schanghaier Studentenvereinigung, die jetzt unter der Kontrolle der rechten Kuomintang steht, stellt 21 Forderungen radikalen Charakters auf, und es ist möglich, daß ein Teil davon von der Regierung erfüllt werden wird. Unter anderem wird gefordert: Vertretung der Studenten in den städtischen Behörden, Herabsetzung der Studiengebühren, Wählbarkeit der Lehrer, Verbot der Einquartierung von Soldaten in Schulen, Heiratserlaubnis für die Studenten, Entfernung der Konterrevolutionäre usw.

Auf das Lumpenproletariat und die mit ihm verwandten Schichten des Proletariats wirkt die Bourgeoisie vermittels der Geheimgesellschaften der „Blauen“ und „Roten“, die, wie wir bereits gesagt haben, von einer Gruppe von Schiebern geleitet werden, welche mit dem Opiumhandel und dem japanisch-französischen Kapital verbunden sind. Diese Organisationen entstanden vor mehr als hundert Jahren und hatten ursprünglich die Aufgabe, gegen die Mandschuren zu kämpfen. Sie umfassen, z. B. in Schanghai, Zehn-, wenn nicht Hunderttausende von Menschen, befolgen ein strenges Ritual und besitzen eine ganze Hierarchie von „Großvätern“, „Vätern“, „Kindern“ und „Enkeln“. Fast jeder chinesische Arbeiter muß, bevor er in einen Betrieb eintritt, die Schule des Vagabudentums und Hooligantums durchmachen, darum muß er zunächst Mitglied einer dieser Organisationen sein. Aber auch später, wenn der Arbeiter schon im Betrieb steht, bleibt er gewöhnlich Mitglied der Geheimgesellschaft. Darin wurzelt die Stärke und der Einfluß dieser Organisationen. Früher stellten sie die Streikbrecher, jetzt

stellen sie die Galgenstricke für die Gewerkschaften der rechten Kuomintang und die faschistischen Verbände.

Einerseits stützt sich die Nankinger Kuomintang auf die Opiumkreise, andererseits organisiert sie eine Anti-Opiumkampagne, um die Sympathie der Oeffentlichkeit zu erwerben. Das ist natürlich nur eine leere Geste, da die rechte Kuomintang an einen ernsten Kampf gegen den Opiumhandel nicht denkt. Höchstenfalls wird sie die Einfuhr von Opium aus dem Auslande verbieten und das Opium im Inlande produzieren.

Die Arbeiterpolitik der rechten Kuomintang stützt sich einerseits auf den Apparat der brutalsten Repressalien der Polizei, andererseits auf die rechten Gewerkschaften, die überall und allenthalben künstlich gezüchtet werden. In seiner Botschaft anlässlich des 1. Mai stellt Tschang Kai-scheck 20 Losungen auf, die folgendes besagen:

Die Arbeit ist heilig, die Arbeiter sind die am meisten unterdrückte Klasse; früher oder später wird der Achtstundentag erreicht werden, seine sofortige Einführung ist aber unmöglich. Das Ziel der nationalen Revolution ist die Niederwerfung des Militarismus und des ausländischen Imperialismus, damit sich die Industrie entwickeln kann und die Lage der Arbeiterklasse dadurch gebessert wird, die Erhöhung des Arbeitslohnes darf aber nicht zur Zerstörung der Industrie und zur Erwerbslosigkeit der Arbeiter selbst führen . . . Der verstorbene Präsident Sun Yat-sen hat den Klassenkampf nicht für notwendig gehalten. Seine drei Grundsätze sprechen von der Kontrolle des Kapitals, damit es weder übergroßen Reichtum, noch übergroße Armut gibt. Der Staat muß die großen Unternehmen, z. B. die Eisenbahnen und die Bergwerke fördern. Alle Ueberschüsse der nationalen Wirtschaft müssen für das Volkwohl verwendet werden. Der Hauptzweck ist, die Entstehung von Kapitalisten in China zu verhindern. Es muß ein zweckentsprechendes System der Arbeiter-Gesetzgebung eingeführt werden, die Arbeitszeit muß verkürzt, die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessert werden. Zur Erleichterung der Lage der Arbeiter werden auch Banken und Versicherungskassen gegründet werden. Um all das zu erreichen, sind aber gemeinsame Bemühungen aller Klassen erforderlich. . . .

In Schanghai haben die Behörden der rechten Kuomintang Bestimmungen über Arbeitskonflikte erlassen, durch die den Arbeitern faktisch das Streikrecht genommen wird. Der Sinn dieser Bestimmungen läuft auf folgendes hinaus: alle Konflikte müssen zunächst einer Schiedskommission unterbreitet werden, keine der beiden Parteien hat das Recht, unter Umgehung der Schiedskommission zu handeln. Die Beschlüsse der Kommission sind verbindlich, wenn sie von beiden Parteien anerkannt werden (d. h. vom Vertreter der Unternehmer und dem der gelben Gewerkschaft), und die Regierung kann sie mit Gewalt durchführen. Wenn der Unternehmer die Beschlüsse der Schlichtungskommission nicht anerkennt, dann haben die Arbeiter das Recht zu streiken. Jedoch dürfen sie keine Streikposten aufstellen. Man darf auch die Streikbrecher nicht an der Arbeit hindern, wenn sie mit dem Unternehmer verwandt sind. In den Bestimmungen sind aber auch Punkte enthalten, die scheinbar für die Arbeiter günstig sind: es ist verboten, ohne gesetzlichen Grund einen Arbeiter zu entlassen, der Unternehmer hat nicht das Recht, Streikbrecher einzustellen und eigene, dem

Unternehmer unterstellte Gewerkschaften zu bilden. Bei Liquidierung der Geschäfte ist der Unternehmer verpflichtet, dem Arbeiter den Lohn für den nächsten Monat auszuzahlen.

Die Bourgeoisie legt der Arbeiterbewegung Ketten an und macht gleichzeitig einige Scheinzugeständnisse an die Arbeiter. Manchmal sind diese „Zugeständnisse“ ziemlich bedeutend. In Kanton z. B. wagt es die Regierung bis jetzt nicht, die Hongkonger Streikenden auseinander zu jagen und fährt fort, sie zu verpflegen (dabei beträgt ihre Zahl etwa 35 000). Um diese Macht, die letzten Endes für die Regierung gefährlich ist, schmerzlos zu liquidieren, legt die Regierung eine Anleihe von 3,5 Millionen Dollar auf, von der 1,5 Millionen die Kaufleute aufbringen müssen, damit man jedem Streikenden 100 Dollar geben und ihn von dannen ziehen lassen kann. Die Bourgeoisie hat es nicht gewagt, den Arbeitern das Eigentum und die Räume, die sie in der Periode des Hongkonger Streiks konfisziert hatten, sofort wegzunehmen. Das Arbeitsamt in Kwangtung hat den Unternehmern verboten, ungesetzliche Entlassungen vorzunehmen und hat den rechten Verbänden die gewaltsame Anwerbung von Mitgliedern untersagt. Im Konflikt zwischen den Gewerkschaften dreier Schanghaier Warenhäuser und dem gelben Gewerkschaftsrat nehmen die Behörden eine neutrale Stellung ein, suchen zu vermitteln usw. All das sind natürlich Anzeichen der Schwäche und nicht der Stärke der Bourgeoisie. Sie fühlt, daß ein Uebergehen zu den Methoden Tschang Tso-lins ihren Einfluß untergraben und ihr das Schicksal Wu Pei-fus und Sun Tschuan-fangs bereiten würde. Daher der merkwürdige Reformismus, das liberale Gebaren, das Liebäugeln mit den Arbeitern.

Das wichtigste Resultat dieser Arbeiterpolitik ist, daß die Arbeiter schlecht und recht eine gewisse Möglichkeit haben, sich zu organisieren und den Gewerkschaften beizutreten. Zum mindesten äußerlich sind sie politisch nicht mehr so rechtlos wie unter der Herrschaft der Militaristen. Es gibt auf dem Territorium der Nanking-Regierung Distrikte und ganze Provinzen, wo die Arbeiter bis jetzt nicht gewußt haben, was eine Gewerkschaft ist. In den Provinzen Tschekjang und Fukien, insbesondere in Städten wie Futschou und Amoj, von kleineren Orten schon gar nicht zu reden, entstanden die Gewerkschaften erst in den letzten Monaten, unmittelbar vor dem Umsturz bzw. nach ihm. Dasselbe trifft auch auf Nanking, Wuhsie, Hutschou, Tungtschou und andere Städte der Provinz Kiangsu zu. Die Hutschouer Gewerkschaften, die ungefähr 20 000 Mitglieder zählen, wurden fast sämtlich nach dem Umsturz organisiert. Für die Arbeiter dieser politisch zurückgebliebenen Distrikte, die weder die Tradition eines allgemeinen revolutionären Kampfes, noch die des Streikkampfes haben, die noch eine sehr vage Vorstellung vom Kommunismus besitzen bzw. überhaupt nichts vom Kommunismus gehört haben — für diese Arbeiter bedeuten die Gewerkschaften der rechten Kuomintang einen großen Schritt vorwärts, im Vergleich zu der früheren wahrhaft viehischen Rechtlosigkeit.

Daraus kann man verstehen, warum die rechten Verbände unter den Arbeitern, die hinter der revolutionären Bewegung zurückgeblieben sind, gewisse Erfolge zu verzeichnen haben. Die rechten Gewerkschaften ziehen die Arbeiter auch auf andere Weise in die Verbände. Wir wollen hier nicht



bei den Druckmitteln verweilen, die eine große Rolle spielen und eine gewisse Ähnlichkeit wischen diesen Gewerkschaften und den faschistischen Organisationen aufkommen lassen. Dazu gehört der Apparat der alten reaktionären Gewerkschaften in Kanton, nämlich der Apparat des Mechanikerverbandes einer Organisation von gelernten Arbeitern, die bis zum Umsturz etwa 6000 Mitglieder zählte und mit dem revolutionären Eisenbahnverband konkurrierte, sowie der Apparat der Kwangtunger Arbeitsföderation, die bis zu 30 000 Mitglieder, hauptsächlich Handwerker, Halbproletarier und zum Teil sogar Unternehmer in ihren Reihen vereinigte. Diese Organisationen kämpften mehrere Jahre lang gegen die Kommunistische Partei, die revolutionären Gewerkschaften und die Kuomintang. Die Kwangtunger Föderation, deren Führer mit den Kompradors verbunden sind, unterstützte den Aufstand der Baumwolltigger gegen die damals von Sun Yat-sen geführte Kuomintang. Bereits im September aber wurde zwischen diesen Organisationen und dem rechten Militärkommando ein Bündnis geschlossen. Die genannten Organisationen halfen mit bei dem Umsturz in Kanton am 15. April. Die rechten Gewerkschaften, denen sich aus Angst vor Repressalien auch viele andere, ehemals linksgerichtete Organisation angeschlossen haben, helfen der Regierung, die „Ordnung“ in der Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen. Ihre numerische Stärke ist nach dem Umsturz natürlich gewachsen.

In Schanghai ist die politische Unterwerfung der Arbeiterbewegung durch die Bourgeoisie nicht so leicht. Die ausschlaggebenden Kaders des Schanghaier Proletariats — die Fabrikarbeiter — besitzen zu viel revolutionäre Traditionen, als daß die Bourgeoisie auf schnellen und ernsten Erfolg rechnen könnte. Aber auch hier trachtet sie danach, mit Hilfe lumpenproletarischer Organisationen sich die Massen der eingeschüchterten Verlade, Lastträger sowie die am weitesten zurückgebliebenen Schichten des Fabrikproletariats zu unterwerfen. Vermittels der kleinen Unternehmer und der Landsmannschaften versucht sie, die nicht in der Industrie, sondern im Handwerk und Heimgewerbe beschäftigten Arbeiter zu kontrollieren. Ferner geht die Bourgeoisie in Schanghai darauf aus, mittels der bürgerlichen Intellektuellen und der Presse die Spitzen der Arbeiterklasse, die verhältnismäßig geringe Schicht der gutbezahlten Arbeiter und Beamten — Mechaniker, Elektriker, Postbeamten usw. — von der Hauptmasse des Industrieproletariats abzuspalten.

Welches positive Ergebnis dieser Politik kann nun die Bourgeoisie bei ihrer Drei-Monats-Bilanz buchen? Nach offiziellen Angaben umfassen die gelben Gewerkschaften in Kanton bis zu 780 000 Arbeiter, in Schanghai bis zu 300 000. Diese Zahlen dürften nicht weniger als um das Fünffache übertrieben sein, außerdem gehen sehr viele Arbeiter in die gelben Gewerkschaften nur zu dem einzigen Zweck, die legale Organisationsmöglichkeit auszunützen. Nichtsdestoweniger steht es fest, daß die Gewerkschaften der rechten Kuomintang zurzeit einige Hunderttausende organisierter Arbeiter zählen. Diese Tatsache läßt sich nicht umgehen.

Auch die Bauernpolitik der Bourgeoisie weist reformistische Elemente auf. In Kwangtung hat die Regierung die Verfügung der früheren Regierung über eine 25prozentige Herabsetzung des Pachtzinses nicht aufgehoben, was unter den Grundbesitzern große Unzufriedenheit hervorruft.

Am 19. Mai faßte die Kwangtungner Provinzialregierung, die dem „linken“ Flügel, dem Flügel Tschang Kai-scheks angehört (im Gegensatz zum Stadtkomitee, in dem die ultra-rechten Anhänger Li Ti-sins sitzen), eine Reihe von Beschlüssen in der Bauernfrage, die die Lage der Pächter erleichtern sollen. (In Wirklichkeit haben sie den Zweck, den Betrug der Massen durch die Bourgeoisie zu erleichtern.) Den Grundbesitzern wird verboten, den Pachtzins im voraus zu erheben, alle diesbezüglichen Verträge werden annulliert. Der Pachtzins wird zweimal im Jahre entrichtet, jeweils nach der Ernte. Falls Dürre eintritt, können die Bauernverbände die Regierung um die Erlassung bzw. Herabsetzung des Pachtzinses angehen. Solange die Regierung die Frage nicht entschieden hat, hat der Grundbesitzer kein Recht, den Pachtzins von den Bauern einzutreiben. Bis zur Ausarbeitung von Bestimmungen über den Schutz der Bauernverbände haben die Grundbesitzer kein Recht, ihren Pächtern den Boden zu entziehen, welche Vorwände dafür auch vorgebracht werden mögen. Zwischenpacht ist verboten. Jeder, der Land in Pacht nimmt, dieses aber nicht selbst bestellt, sondern weiter verpachtet, muß es dem Grundbesitzer zurückgeben, der es an Bauern abzugeben hat, die selbst das Land bebauen. Kein Pächter darf mehr als 100 Mu haben.

Diese „Reformen“ werden begleitet von der Entsendung von Strafexpeditionen gegen die Bauern. Mit diesen Expeditionen, die mit Feuer und Schwert die Nester der revolutionären Bauernverbände ausrotten, ziehen auch bezahlte Agitatoren der rechten Kuomintang durchs Land, predigen den Bauern Mäßigung und Enthaltbarkeit und bilden „patriotische“, „solide“ rechte Bauernverbände.

Durch Repressalien und „Reformen“ (richtiger gesagt, vorerst durch Versprechung von Reformen), durch Ausnützung der Kuomintang, der Bauern- und Studentenverbände, der Organisation der Kleinbourgeoisie, der lumpenproletarischen Gesellschaften usw. versucht also die chinesische nationale Bourgeoisie, ihre Stellung zu stärken, anscheinend mit ziemlichem Erfolg.

Allein das ist nur die eine Seite des in Südchina vor sich gehenden Prozesses. Die Kehrseite ist für die Bourgeoisie wenig erfreulich. Die revolutionäre Gärung nimmt weiter zu, die Klassengegensätze verschärfen sich noch rascher und unterminieren das im Aufbau befindliche Gebäude des bürgerlichen Staates. Da die Bourgeoisie außerstande ist, vorläufig etwas Greifbareres als leere Verprechungen und kleine Almosen zu geben, gerät sie in scharfen Konflikt mit allen Schichten des chinesischen Volkes, darunter auch mit den kleinen Unternehmern, auf die sie am meisten hoffen konnte. Parallel mit der Verbürgerlichung der Südwest-Provinzen geht eine Revolutionierung der Massen vor sich, wobei noch niemand bewiesen hat, daß das Tempo des ersten Prozesses das des zweiten übertrifft.

Mit der Kleinbourgeoisie gibt es Konflikte in bezug auf die Steuerpolitik. Außer den Eingängen, die aus verschiedenen Quellen zu erwarten sind, braucht die Nanking- Regierung zur Fortsetzung des Krieges noch weitere 60 Millionen Dollar.

In Schanghai hat die Regierung allen Hausbesitzern eine neue Steuer in Höhe von zwei Monatsmieten auferlegt. Ungefähr ebenso sind auch die Hausbesitzer in Kanton besteuert worden. In Futschou rief die Steuerein-

treibung Ende Juni eine richtiggehende Revolte hervor. Die den Steuereintreiber begleitenden Soldaten töteten einen Händler, es wurde ein allgemeiner Händlerstreik proklamiert und ein Finanzamt von der Menge demoliert. Unter der Bevölkerung Tschekjangs herrscht große Unzufriedenheit mit der Nanking-Regierung und die separatistischen Tendenzen in dieser Provinz nehmen zu.

Die anti-imperialistische Bewegung durchbricht elementar die künstlichen Schranken, die ihr von der Bourgeoisie gesetzt werden und nimmt mitunter ausgesprochen revolutionäre Formen an. Der Boykott gegen die Japaner hat solche Formen angenommen, daß man ihn jetzt nicht mehr so leicht abbrechen kann. Auch in Ningpo und Tschekjang ist die anti-imperialistische Bewegung sehr gewachsen und die Ausländer haben dort fast einen absoluten Boykott auszuhalten. In einer Stadt der Provinz Tschekjang zerstörte die Menge die Gräber der im Boxeraufstand erschlagenen ausländischen Missionäre. Die Entsendung von japanischen Truppen nach Schantung spitzt die Situation noch mehr zu und macht es der Nanking-Regierung schwer, ein Abkommen mit Japan zu treffen.

Durch die vom Klassenkampf noch nicht berührten Provinzen und Distrikte geht eine Streikwelle. Die rechten Gewerkschaften werden durch den Druck der Massen zu einem nicht weniger entschiedenen Kampf gezwungen, als früher viele linke Verbände. Das erklärt sich dadurch, daß die rechte Kuomintang über wenige Gewerkschaftsfunktionäre verfügt, sowie durch die ausgesprochen revolutionäre Stimmung der Massen. Trotz der Reorganisierung fast aller Gewerkschaften in Kanton sind scheinbar in den Leitungen linke Elemente geblieben, und Ende Juni schritt Li Ti-sin zur Auflösung einer weiteren Reihe von Verbänden, die er selber unlängst „reorganisiert“ hatte. Die Hongkonger Streikenden erklären in Massenversammlungen, daß sie auch dann, wenn sie 100 Dollar erhalten sollten, das den Kantoner Kaufleuten auf revolutionärem Wege abgenommene Gut nicht wiedergeben und Kanton nicht verlassen werden. Der Vorsitzende des neuen, bereits reorganisierten Streikkomitees der Hongkonger Streikenden beschuldigt die Regierung offen des Versuchs, das Volk zu betrügen, indem sie von den Händlern verlangt, sie sollen 1½ Millionen Dollar auf die Anleihe zeichnen, die angeblich für die Streikenden bestimmt seien. In Wirklichkeit — erklärt der Vorsitzende des Streikkomitees — werden diese Gelder für die Armee verwandt werden. Die Kantoneser Arbeiter organisieren trotz des unerhörten Terrors mehrere Massendemonstrationen gegen die Regierung; die illegale Kommunistische Partei fährt fort, sie zu leiten.

Die Unzufriedenheit der Massen wächst, in der Hauptsache darum, weil die Unternehmer nach dem Umsturz einen breit angelegten Angriff gegen die Errungenschaften der Arbeiter begonnen haben, weil Massenentlassungen vorgenommen und die arbeiterfeindlichen konterrevolutionären Banden der Baumwolltigger wieder ins Leben gerufen werden. Sogar der ultrarechte Mechanikerverband beklagte sich in seinem Maiaufruf darüber, daß nach der Unterdrückung der Kommunisten die Kaufleute und die Kompradors wieder das Haupt erhoben hätten.

Auch in Schanghai wächst die Streikbewegung. Die streikenden Seidenweberinnen verzichten auf die Vermittlung der gelben Gewerkschaften. Aber

auch innerhalb der gelben Verbände liegen die Dinge nicht besonders gut. Der gelbe Gewerkschaftsrat schlägt Alarm. In dem Aufruf anlässlich des 30. Mai warnt er die Arbeiter: „Die Lakaien des roten Rußland — die Kommunisten — versuchen mit Erfolg in die Gewerkschaften einzudringen.“

Die Baueraufstände in Kwangtung gehen weiter. Viele Distrikte östlich und nordwestlich von Kanton befinden sich in den Händen der Bauernverbände. Ja noch mehr. Bauerntrupps schweifen sogar bis vor die Mauern Kantons. Sogar die Gegenden, die früher überhaupt keine Bauernbewegung kannten (z. B. Taisin in der Provinz Kiangsu), werden jetzt von Bauernaufständen überflutet. In Honan ist das Verhalten der „Roten Lanzen“ der Armee Feng Yu-hsiangs gegenüber abwartend und mißtrauisch.

Die Armee der Nanking-Regierung zersetzt sich. Bereits mehrmals sind Meutereien in der Armee vorgekommen (in Fukien). Die rechten Kuomintang-Leute entwaffnen dauernd unzuverlässige Truppenteile.

Schließlich zeigt es sich, daß selbst der Apparat der rechten Kuomintang, ihre Parteiorganisationen und lokalen Behörden, sich oft in den Händen der Kommunisten befinden.

Um dieser Gegensätze Herr zu werden, bedarf es für die Bourgeoisie einer Reihe von Voraussetzungen: Zugeständnisse der Imperialisten, Gewinnung und Wahrung des Vertrauens der Volksmassen, Aufrechterhaltung der Armee, eine vernünftige Wirtschaftspolitik und die Unterdrückung revolutionärer Aktionen. Werden diese Voraussetzungen morgen oder übermorgen gegeben sein? England will nichts von Zugeständnissen hören, Japan dagegen ist dazu nicht abgeneigt, damit die Kuomintangarmeen auch weiter den englischen Einfluß in China untergraben. Japan wäre einverstanden, mit Nanking als mit der Regierung des Südens übereinzukommen, es kann aber nicht zulassen, daß die Nanking-Regierung nach dem Norden vordringt und damit die vitalsten Interessen Japans allzu sehr berührt. Amerika nimmt vorläufig eine abwartende Haltung ein. Die Wechsel, die die Bourgeoisie den verschiedenen Schichten des chinesischen Volkes ausgestellt hat, werden bereits präsentiert, und der Bourgeoisie droht der Bankrott. Vorläufig langsam, aber sicher zersetzt sich die Armee; trotz des Zusammenbruchs in Wuhan wächst die revolutionäre Bewegung. Auf einer so unsicheren Basis eine feste ökonomische Politik aufzubauen, das ist eine ziemlich schwierige Aufgabe.

So sieht das Soll und Haben der Bourgeoisie aus. Sie versucht hartnäckig, aus dem zur Zeit herrschenden Chaos herauszukommen, die eroberten Positionen zu befestigen. Diese Befestigung nicht zuzulassen, die Reibungen und Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie, das Fehlen eines stabilisierten Machtapparates auszunützen, die noch unsicheren Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft zu untergraben, indem man die Massen des werktätigen Volkes um das Proletariat mobilisiert — das ist die Aufgabe, die vor der Kommunistischen Partei Chinas steht.

\*

Unter solchen Bedingungen müssen die Kampfmethoden des Proletariats und seiner Partei je nach der Situation differenziert werden; von offener Organisation des Bürgerkrieges gegen die Bourgeoisie bis zur Beteiligung an der anti-imperialistischen Bewegung, die von derselben Bourgeoisie künstlich entfacht wird. Der Zweck dieser Beteiligung wird der sein, die Be-

wegung auf eine höhere Stufe zu heben, die Hülle der bürgerlichen Leitung zu sprengen, das verräterische Doppelspiel der Bourgeoisie zu entlarven. Die Kommunisten können nicht den anti-imperialistischen Kampf boykottieren, trotzdem er von der Bourgeoisie reguliert wird. Tun sie das, dann verzichten sie auf die Ausnutzung noch einer Form der Massenbewegung und werden von den politisch noch rückständigen Massen als Verräter an der anti-imperialistischen Bewegung gebrandmarkt werden. Daher ergibt sich die Einstellung auf die Kuomintang. Der Kuomintang fällt in der chinesischen Revolution die Rolle einer weiten Arena zu, in der die Bourgeoisie und das Proletariat um die Führung der Bauernschaft (und was die Hauptsache ist, der in Soldatenröcke gesteckten Bauernschaft) sowie der Stadtarmut kämpfen. Die Kommunisten müssen sogar in eine ultrarechte, erzreaktionäre Kuomintang eintreten, wenn dieselbe über Massen verfügt, bzw. wenn sie einen starken Einfluß auf die Massen ausübt. Indem die Kommunisten in die Kuomintang hineingehen und innerhalb dieser Partei kämpfen, sind sie bestrebt, nicht nur die Massen zu gewinnen, sondern auch die Bourgeoisie zu paralisieren, ihre Kräfte zu zersetzen, indem man den Verrat der Bourgeoisie an den Interessen des chinesischen Volkes — an den Interessen der Arbeiter und Bauern aufzeigt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Kommunisten sich in den unteren Machtorganen und dem Apparat der Kuomintang festsetzen können (in jenen Fällen, wo die Leitung der KP Chinas, die einen halbboykottistischen Standpunkt der Kuomintang und der Regierung gegenüber einnahm, dies nicht untersagte). In einer revolutionären Situation ist das von ungeheurer organisatorischer Bedeutung.

Wo in der Kuomintang große Massen von Arbeitern und armen Bauern vorhanden sind, müssen in die Partei die fortgeschrittensten klassenbewußten Arbeiter hineingezogen werden, um die Rechte zu zersetzen und die Massen zu erobern. Man kann das legale Schild der Kuomintang zur revolutionären Arbeit ausnützen. Natürlich wird man die Kommunisten verfolgen und Repressalien gegen sie anwenden, aber nur durch den Kampf innerhalb der zur Zeit von den Rechten geführten Kuomintang werden die Kommunisten imstande sein, eine linke revolutionäre Kuomintang herauszubilden, die für eine bestimmte Periode ein Mittel für die Mobilisierung breiter Volksschichten im Kampfe um die Plebejer-Revolution sein wird.

Das Verhalten den anderen pseudorevolutionären Organisationen gegenüber, die von den Rechten geschaffen worden sind, insbesondere den Gewerkschaften gegenüber, muß natürlich dasselbe sein. Die Taktik der Genossen in Schanghai und Kanton, die in die rechten Gewerkschaften nicht nur eingedrungen sind, sondern auch einen bedeutenden Teil von ihnen erobert haben, hat sich restlos bewährt. Eine solche Taktik wird die Möglichkeit geben, alle Stabilisierungsversuche der Bourgeoisie zu vereiteln.

Gleichzeitig entsteht die Notwendigkeit, neue Formen für die Sammlung der Massen zu schaffen. Eine dieser Formen, die auf die Demokratisierung der Regierung hinausläuft, ist bereits von der Geschichte gegeben, und zwar in Gestalt der Versammlung der Volksdelegierten in Schanghai in der Periode vom 21. März bis 12. April. Das war eine umfassende, aus Wahlen hervorgegangene Organisation, in der alle Bevölkerungsschichten vertreten waren. Die Arbeiter wählten unmittelbar in den Betrieben, die Händler nach den

Straßen, die Studenten nach den Lehranstalten usw. Infolge der Unentschlossenheit und der Schwankungen der Führung der KP Chinas wurde die Volksdelegierten-Versammlung aus einer Massenorganisation, die ungeheure Popularität genoß, zu einem Block der Spitzen der Kommunisten mit der Großbourgeoisie. Man muß gegen solche Gefahren kämpfen; aber die Idee der Volksdelegierten-Versammlung als einer Keimform der Macht, ist — wenn sie mit dem Kampf um eine wirklich linke Kuomintang der Arbeiter und Bauern verbunden wird — geeignet, sogar die am meisten zurückgebliebenen Schichten der Bevölkerung zu sammeln.

Die Taktik der Partei muß sich darauf orientieren, einerseits die opportunistischen Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, andererseits durch geschicktes Manövrieren, kombiniert mit einem entschlossenen Angriff auf die Bourgeoisie, die krampfhaften national-reformistischen Versuche derselben zu entlarven und die Bourgeoisie endgültig von den Massen des chinesischen Volkes zu isolieren.

BOSSE:

## AMERIKANISCHE FLOTTENABRÜSTUNG UND GENFER KONFERENZ

Die vom Präsidenten Coolidge im Februar einberufene sogenannte Abrüstungskonferenz trat am 20. Juni unter Beteiligung von Großbritannien, der Vereinigten Staaten und Japans in Genf zusammen. Italien und Frankreich waren durch einen Beobachter und einen Informator vertreten. Die Konferenz stellt einen Versuch dar, die Methoden der Washingtoner Konferenz von 1921 auf andere Schiffe als Schlachtschiffe und Flugzeugmutter-schiffe anzuwenden. Die Konferenz verfolgt nicht das Ziel der Abrüstung. Sie wird nicht den Versuch machen, die Flottenrüstungen herabzusetzen. Sie wird einfach versuchen, dem Bau von Kriegsschiffen auf der Grundlage der Verhältnisstärke „Grenzen“ zu setzen. Die Londoner „Times“ sind offen genug, dies zuzugestehen, wenn sie feststellen, daß „diese Mächte eine Begrenzung, nicht eine Herabsetzung zu erörtern im Begriffe sind“.

Coolidge plante ohne Zweifel die Konferenz ohne viel Hoffnung auf deren Erfolg. Sein Ruf, ein „Anwalt“ des Friedens zu sein, ohne aber der Bezeichnung des Pazifismus zu unterliegen, wird bei den Präsidentenwahlen des Jahres 1928 ein wichtiger Trumpf sein. Eine andere Seite von Coolidges Ansehen in den Augen der bürgerlichen Wähler ist seine „Sparsamkeit“, und Diskussionen über Entwaffnung würden sich mit dieser seiner angeblichen Errungenschaft in einer Linie befinden. Ein Budgetüberschuß von 600 Millionen Dollar ist soeben verkündet worden. Ein tolles Wettrüsten beim Bau von Kriegsschiffen würde diese Budgetersparnisse herabsetzen. „Prosperität“ war ein Eckstein der gegenwärtigen Regierung, und die Begrenzung der Rüstungen würde schon dadurch, daß sie überhaupt erörtert wird, diese Propaganda der Prosperität fördern.

## Die Washingtoner Konferenz von 1921

Die Flottenabrüstungskonferenz des Jahres 1921 wird jetzt von dem offener auftretenden Teile der bürgerlichen amerikanischen Presse als ein völliger Mißerfolg zugegeben. Die Partei für die „Große Flotte“ in Amerika spricht davon, daß man von den anderen Mächten dazu verlockt worden sei, Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer im Werte von mehr als einer Milliarde Dollar zu altem Eisen zu machen, und erinnert an die Tatsache, daß die anderen Mächte sehr wenige Schiffe zum alten Eisen geworfen und seit dem Jahre 1921 sehr viel gebaut haben. Der Führer dieser Gruppe im Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten, T. S. Butler, Vorsitzender der Parlamentskommission für Flottenangelegenheiten, macht folgende Angaben über die seit der Konferenz des Jahres 1921 gebauten oder erworbenen Schiffe, hauptsächlich Kreuzer, Zerstörer und Unterseeboote: Vereinigte Staaten 19, Großbritannien 37, Japan 116, Frankreich 88 und Italien 46.

Die Konferenz von 1921 regelte nur das Verhältnis der Schlachtschiffe und Flugzeugmutterschiffe der beteiligten Staaten zueinander, beschränkte aber nicht deren Bau. Andere Schiffskategorien wurden nicht begrenzt, und, wie die erwähnten Zahlen zeigen, ist sehr viel gebaut worden. Um nur ein Beispiel für die Heuchelei anzuführen, die die Konferenz von 1921 beherrschte, sei erwähnt, daß sie ein bestimmtes Ausmaß für den Bau von Flugzeugmutterschiffen zuließ. Die Vereinigten Staaten besitzen nur 10 Prozent der ihnen in dieser Kategorie gestatteten Tonnenzahl und bauen jetzt zwei große Flugzeugmutterschiffe. Großbritannien hat nur 50 Prozent seines Anteils und Japan nur 12 Prozent; beide Länder bauen jetzt viele Schiffe dieses Typs. Japan und Italien, die im Jahre 1921 nichts hatten, dürfen Flugzeugmutterschiffe mit einer Gesamttonnage von je 60 000 Tonnen bauen. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan und Frankreich vermehren gewaltig ihre Luftflotte, die jetzt doppelt so viele Einheiten besitzt als im Jahre 1922 und zwanzigmal mehr als vor dem Kriege.

Der ehemalige Außenminister Hughes, der bei dem Abkommen der Washingtoner Konferenz von 1921 die Vereinigten Staaten vertrat, hielt am 28. April 1927 eine Rede, in der er zugibt, daß „nach fünf Jahren sich dieser Vertrag als unwirksam erweist“. Der Senat der Vereinigten Staaten, der dem Verträge im Jahre 1922 seine Zustimmung gegeben hatte, „hat vor kurzem die Billigung des Protokolls von Genf über die Giftgase verweigert“. Im Jahre 1923 weigerten sich die Großmächte, den Juristenbericht (Haag) in bezug auf den Gebrauch von Luftflotten und Radio während des Krieges zu genehmigen, und viele von ihnen ließen die Empfehlung, das Luftbombardement von Städten zu untersagen, unbeachtet. Der Pessimismus Hughes' findet eine gute Stütze in den Tatsachen, denn einer der Widersprüche des Imperialismus besteht darin, daß jede Bewegung für Abrüstung größere Rüstungen herbeiführt. Selbst wenn man der Aufrichtigkeit der imperialistischen Diplomaten auch nur etwas Glauben schenkt, und selbst wenn man den Druck des Budgetdefizits Großbritanniens, die finanzielle Unsicherheit der Finanzen Japans, die bereits gewaltigen Militärausgaben Frankreichs, eine starke Bewegung für Sparsamkeit und Steuerherabsetzung in den Vereinigten Staaten usw. berücksichtigt, ist es offenbar, daß der imperialistische



Kapitalismus seine Rüstungsausgaben weiter steigern wird, solange, bis dieser tolle Militarismus im nächsten Weltkriege Orgien feiert.

### Der amerikanische Imperialismus von heute

Die amerikanische Presse ist voll von Schilderungen der großen Opfer, die die Vereinigten Staaten der Sache des Friedens brachten, als sie nach der Konferenz von Washington des Jahres 1921 eine Anzahl Schlachtschiffe zum alten Eisen warfen. Es ist wichtig, von dem genauen Zustande des amerikanischen Militarismus der Gegenwart unterrichtet zu sein, um zu begreifen, wie wenig diese „Opfer“ bedeuten, und auch um zu sehen, wie heuchlerisch das gegenwärtige Gerede von einer Abrüstung ist. Im Jahre 1927 fügten die Vereinigten Staaten ihrer Flotte neun neue Kriegsschiffe hinzu, die zwei der größten Flugzeugmutterchiffe der Welt, sechs Kanonenboote und ein Unterseeboot umfassen. Es ist interessant, festzustellen, daß die Kanonenboote in Schanghai auf dem Yangtsefluß gegen die nationalrevolutionäre Bewegung verwendet wurden. Sechs große Schlachtschiffe werden jetzt modernisiert und drei wurden Ende 1926 modernisiert. Welche gewaltigen Kosten diese Modernisierung verursacht, ersieht man daraus, daß mehr als 30 Millionen Dollar zur Wiederherstellung von zwei Schlachtschiffen verwendet wurden. Die Schlachtschiffe werden auf Oelfeuerung eingestellt, ihre großen Geschütze werden gehoben usw. Bei fünf Schlachtschiffen wurden die Geschütze von 15 Grad auf 30 Grad gehoben, wodurch ihre Reichweite auf 35 000 Yards erhöht wurde. Alle anderen Schlachtschiffe der Vereinigten Staaten hätten eine ebenso große Tragweite, wenn ihre Geschütze gehoben würden. In den meisten Fällen würde dies eine Erhöhung der Reichweite um 50 bis 75 Prozent bedeuten. Im März 1927 unterzeichnete Coolidge eine Verfügung über die Hebung von Geschützen auf zwei Schlachtschiffen, und der Held der Konferenz von 1921, Hughes, entschuldigte diese Verletzung des Abkommens von 1921 mit der Erklärung, daß dies technisch keinen Neuaufbau der Schiffe bedeute und daher gestattet sei. Die Flottenpartei in den Vereinigten Staaten strebt danach, daß auf allen Schlachtschiffen die Geschütze gehoben werden; zu diesem Zwecke soll dem nächsten Kongreß die „Britten Bill“ vorgelegt werden. Auch Großbritannien und Japan heben ihre großen Geschütze.

Die Kosten des Militarismus in den Vereinigten Staaten, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, wachsen ständig an. Die Vereinigten Staaten geben mehr als jedes andere Land der Welt für ihr Heer und für ihre Flotte aus. Im Budgetjahre 1925/26 betragen die militärischen Ausgaben pro Kopf 4,94 Dollar, im Jahre 1926/27 5,90 Dollar und im Jahre 1927/28 sind sie mit 6,03 Dollar eingesetzt. Für das Jahr 1927/28 bewilligte der Kongreß 602 Millionen Dollar zu Militärzwecken, d. i. ein Siebentel des gesamten Budgets. Weitere 700 Millionen wurden für Invalide, Pensionen usw. bewilligt. Seit dem Jahre 1913 hat sich das Militärbudget der Vereinigten Staaten um 400 Prozent erhöht, während jenes der sechs Großmächte (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Japan, Frankreich, Italien und Deutschland) nur um 70 Prozent gestiegen ist.

Die „Flotten“-Partei in den Vereinigten Staaten genießt die Unterstützung hervorragender Zeitungen und Zeitschriften in jeder großen Stadt im Lande sowie wichtiger Mitglieder des Kongresses und der Regierung. Coolidge,

von dem man vermutet hatte, daß er gegen den Bau neuer Kreuzer sei, „kapitulierte“ vor dieser Gruppe und billigte einen Gesetzentwurf über den Bau von zehn 10 000-Tonnen-Kreuzern mit achtzölligen Geschützen und genehmigte die Anweisung von Mitteln für drei der acht Kreuzer, die im Jahre 1924 zugestanden worden waren. Diese Kreuzer werden jeder etwa 14 Millionen Dollar kosten. Coolidge „opponierte“, auf die Wahlen und auf Ersparnisse, Steuerherabsetzungen usw. schiehend, dem Bau dieser drei Kreuzer, aber zwei Wochen nach seiner Oppositionserklärung billigte er sie ebenso wie den Bau von zwei großen lenkbaren Kriegsluftschiffen und die anderen Flottenausgaben.

Sowohl Butler, der Vorsitzende des Flottenausschusses des Abgeordnetenhauses, wie auch Hale, der Vorsitzende des Flottenausschusses des Senats, haben öffentlich der Meinung Ausdruck verliehen, daß die gegenwärtige Flottenabrüstungskonferenz in Genf einen Mißerfolg darstellt, und beide haben vorausgesagt, daß der nächste Kongreß ein großes Flottenbauprogramm genehmigen werde. Beweise für das Anwachsen der Militarisierung der Vereinigten Staaten liegen in Hülle und Fülle vor. Während der letzten zwei Jahre hat die Flotte der Vereinigten Staaten 30 000 Meilen oder acht- bis zehnmal mehr als die Flotte Großbritanniens oder Japans befahren. Der panamerikanische Luftflug von 18 500 Meilen war ein anderes Stück Pionierarbeit der Kriegsrüstung. Die Heeres- und Flottenmanöver im Juni 1927 in New England waren großzügig angelegt, und entgegen dem üblichen Verfahren erhielt eine große Anzahl von Korrespondenten Zutritt, um im Lande Propaganda zu treiben. Die Presse bezeichnete bei dieser Gelegenheit die Opposition als „britische Flotte“, was von großer Bedeutung ist. („Daily Worker“ vom 9. Juni 1927.)

Die Militaristen verbreiten von neuem die Idee eines Krieges mit Japan, und das frühere Haupt der Flotte der Vereinigten Staaten, der Konteradmiral Fiske, betitelt einen Artikel über diese Frage: „Wie wir den nächsten Krieg verlieren werden“ (World's Work“ vom April 1927, Nummer „Der nächste Krieg“). Er und ein anderer Schriftsteller, C. A. Tinker (im „Current History Magazine“, Oktober 1926, „Die Flotte, der rechte Arm des Staatsdepartments“) enthüllen, wie nahe die Vereinigten Staaten während der letzten zwanzig Jahre einem Kriege mit Japan waren. Der letztgenannte Schriftsteller zitiert den ehemaligen Präsidenten Roosevelt, der gesagt haben soll, daß die Flotte bei ihrer Weltreise 1907/08 so vorgehen möge, als ob Japan mit Krieg drohe und daß sie alle Vorsichtsmaßnahmen gegen plötzliche Angriffe treffen möge. Er beweist, daß die Kreuzerfahrt nach Australien einen ähnlichen Zweck hatte: „... Sie gestattete unserer Flotte eine Uebung sondergleichen, ohne irgendeine Nation im Stillen Ozean zu bedrohen“. Die gegenwärtige Konferenz in Genf bewegt sich auch hauptsächlich um die Frage des Stillen Ozeans, und die „friedlichen“ Absichten und Vorbereitungen der Vereinigten Staaten während der beiden letzten Jahrzehnte beweisen, daß die Mächte auf einen möglichen Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten vollauf vorbereitet sind. Die Lage in China verstärkt diese Möglichkeit, denn die dortige Beute wird bereits verteilt. Die Vereinigten Staaten haben 8000 Mann Truppen in China und außerdem Tanks und Kriegsschiffe und bereiten sich vor, Peking und Tientsin zu ihrer Einflußsphäre zu machen,

während Großbritannien das Gebiet von Schanghai, und Japan die Mandschurei kontrollieren sollen. Auf der Konferenz von 1921 erzwangen die Vereinigten Staaten die Kündigung des Bündnisses zwischen Großbritannien und Japan, die Räumung von Schantung durch Japan usw. In Genf sowie bei ihrer Betätigung in China unternahmen die Vereinigten Staaten weitere Schritte zur Sicherung ihrer Hegemonie auf dem Stillen Ozean, besonders im Fernen Osten.

Wenn man die Militarisierung der Vereinigten Staaten beschreibt, muß man den hervorragendsten Militäragenturen, den Rüstungs- und Munitionsfabrikanten, einige Worte widmen. Obgleich die Regierung wohlausgerüstete Werften besitzt, die Hunderte von Millionen Dollar wert sind, wird der Bau von Kriegsschiffen Privatfirmen übergeben, während die Werften der Regierung unbeschäftigt bleiben. Seit dem Weltkriege wurden zehn Kreuzer, 68 Zerstörer usw. in privaten Werften gebaut, während keine Kreuzer und nur neun Zerstörer in den Staatswerften der Vereinigten Staaten erbaut wurden. Die für dieses Jahr bewilligten drei Kreuzer sollen privat gebaut werden und ebenso die zwei Kreuzer, die in Flugzeugmutterschiffe verwandelt werden sollen, was an 80 Millionen Dollar Kosten verschlingt. Wenn wir die Gewinne des Stahltrusts der Vereinigten Staaten vor, während und nach dem Weltkriege betrachten, werden wir seine Bedeutung verstehen. Für die drei Vorkriegsjahre 1913/15 betrug dieser Gewinn 180 Millionen Dollar, für die drei Kriegsjahre 621 Millionen Dollar und für die drei Nachkriegsjahre 384 Millionen Dollar. Die Fabrikanten von Panzerplatten, Schießpulver, Gewehren usw. bilden die mächtigste Gruppe der amerikanischen Kapitalisten und sind zugleich mit den Bankiers die Kräfte, die bei der gegenwärtigen Militarisierung der Vereinigten Staaten und im kommenden Kriege hinter den Kulissen wirken.

#### Die vorbereitende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes

Die Konferenz der vorbereitenden Kommission des Völkerbundes für die Abrüstungskonferenz, die im März 1927 in Genf stattfand, war ein vollkommener Mißerfolg, was von dem wichtigsten Teil der bürgerlichen Presse zugegeben wurde. Keine der teilnehmenden Regierungen hatte irgendwie die Absicht, die Rüstungen wirklich herabzusetzen. Die Londoner „Times“ sagten, daß noch ein weiterer großer Krieg die Zivilisation zerstören und eine Rückkehr zur Barbarei bedeuten würde, zog aber den Schluß: „Kann wirklich etwas Wirksames getan werden?“ Das Blatt charakterisierte die Konferenz als durch „Verwirrung der Gefühle“ und „allgemeine Unkenntnis der zur Erörterung stehenden technischen Fragen“ gekennzeichnet, obgleich es zugab, daß „viele kompetente Heeres- und Luftflotten-Sachverständige, Wirtschaftler und einige erfahrene Politiker anwesend waren“. Der Pariser „Temp“ beantwortete Bernstorffs Warnung, daß Deutschland beabsichtigte, die genaue Ausführung der von den Alliierten in Versailles als Verpflichtung übernommenen Abrüstungen zu fordern, damit, daß er sagte, daß die Abrüstung Deutschlands eine bedingungslose sei, während die Alliierten nur dazu verpflichtet seien, „Anstrengungen zu unternehmen“, die auf die Abrüstung gerichtet seien.

Nur im Lichte der obigen Tatsachen kann die März-Konferenz der vor-

berreitenden Abrüstungskommission verstanden werden. Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten zeigt sich in ihrer ganzen Nacktheit in ihrer Denkschrift in Beantwortung des Berichtes der vorbereitenden Kommission. Es ist überraschend, daß ein Dokument, das einen derartigen Bankrott aufzeigt, veröffentlicht werden konnte („Current History“, Mai 1927, Seite 269). Eine Analyse dieser Denkschrift enthüllt die schreckliche Furcht der Militaristen, daß irgendeine auch nur leichte Abrüstungsmaßregel herauskommen könnte. Die Antwort der Vereinigten Staaten wandte sich gegen internationale Kontrolle der Fabrikation von Giftgasen und von Rüstungsgegenständen jeglicher Art und behauptete, daß internationaler guter Glaube und Achtung vor den Verträgen besser seien, als eine solche Kontrolle. Es gab auch juristische Einwände gegen das Eingreifen in private Fabrikation; außerdem veröffentlichten die Vereinigten Staaten Aufstellungen „über die Produktion verschiedener Industrien“ (die alle Chemikalien in eine einzige Gruppe zusammenwerfen und Giftgase oder militärische Chemikalien nicht von industriellen Chemikalien unterscheiden); und überdies könnten die Vereinigten Staaten, da sie nicht Mitglied des Völkerbundes seien, dem Völkerbund keinerlei Streitigkeiten unterbreiten. Im übrigen wären die Vereinigten Staaten gerne bereit, mitzuarbeiten.

Die zweite Anregung des Kommissionsberichtes bestand darin, alle Ausbildung im Gebrauche von Giftgas und Giftbakterien als Verbrechen zu erklären. Die Antwort der Vereinigten Staaten wandte sich dagegen, indem sie dies als „unpraktisch“ bezeichnete. Kein Land

„könne mit Sicherheit dem zustimmen, sich dessen zu enthalten, Vorbereitungen zur Verteidigung gegen einen Angriff mittels des chemischen Krieges zu treffen, ohne Rücksicht auf das Bestehen internationaler Vereinbarungen, die den Gebrauch solcher Kriegsmittel verbieten.“

„Ausbildung“ wäre wesentlich als Vorbereitung gegen den Angriff. Ein Verbot dieser Art würde die chemischen und medizinischen Forschungen erschweren. Außerdem könnte es nicht überwacht werden. Als Antwort auf den Vorschlag, die Militärbudgets als das Kriterium für den Vergleich von Rüstungen in Betracht zu ziehen und die Rüstungen durch Begrenzung der Ausgaben einzuschränken, äußerte die Denkschrift der Vereinigten Staaten die Ansicht, daß die Ausgaben wegen der verschiedenen Lohnhöhen in den verschiedenen Ländern, der verschiedenen Lebensstandards usw. keine reale Basis für den Vergleich von Rüstungen noch für deren Einschränkung bildeten. Die Vorschläge des Konferenzberichtes hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Naturschätzen und dem Ausmaße der Rüstungen und in bezug auf die Herstellung von Schutzvereinbarungen für bestimmte Gebiete stießen gleichfalls auf Widerstand. Ein Vorschlag, durch einen Sachverständigenausschuß die Klagen zu untersuchen, und den Völkerbund zu veranlassen, nach den Empfehlungen dieser Sachverständigen zu handeln, wurde gleichfalls zurückgewiesen. Dieser letzte Punkt stieß auf Widerstand, weil die Unterscheidung zwischen Angriff und Verteidigung allzu verwickelt sein würde; es würde zu schwer fallen, diesen Vorschlag durchzuführen; der Ausschuß würde zu groß sein und zu langsam arbeiten; die erstatteten Berichte würden nicht einstimmig gefaßt werden und es würde zu viel Zeit für Appelle und Nachforschungen notwendig sein; es wäre politisch undurchführbar, würde aus politischen Erwägungen die Forschungen

durch die „Mächte“ behindern, und keine Regierung würde anderen erlauben, Untersuchungen an Ort und Stelle vorzunehmen, weil dies Spionage wäre; ein solches Verfahren sei niemals erfolgreich gewesen; der Bericht würde irreführend sein, denn nur ein Studium aus erster Hand, an Ort und Stelle, würde die Tatsachen feststellen; schließlich würden die Regierungen ein solches Ansuchen als verärgernd oder provokatorisch ansehen. Im übrigen wären die Vereinigten Staaten durchaus bereit, an Abrüstungsplänen zu arbeiten. Zum Schlusse besagt die Denkschrift, daß die ganze Frage der Vereinbarungen über chemische Kriegführung zwischen den Industrien verschiedener Länder nicht „gleichbedeutend mit der Frage der Begrenzung der Rüstungen sei, weil viele Kriegsgase auch in Friedensindustrien Verwendung fänden“. Diese ganze Denkschrift wäre zum Lachen, wenn nicht die Fragen, um die es sich handelt, so schwerwiegend wären. Sie ist bezeichnend wegen des Lichtes, das sie auf den Geist der Trivialität wirft, mit dem die imperialistischen Mächte mit diesen Dingen spielen.

### Die Genfer Flottenabrüstungskonferenz

Die Vorschläge, die die Vertreter der drei Mächte auf der Konferenz vorbrachten, die am 20. Juni in Genf begann, sind derart, daß sie die Anschauung der kommunistischen Presse, daß die Absicht besteht, die Rüstungen zu steigern, und die Anschauungen der bürgerlichen Presse aller Länder, daß die Konferenz wahrscheinlich einen Fehlschlag bedeuten werde, rechtfertigen. Diese Vorschläge zeigen nicht den Wunsch, die Flottenrüstungen herabzusetzen, sondern die Hoffnung, die Kosten herabzusetzen und zugleich die Flottenstärke zu erhöhen.

Alle britischen Vorschläge werden von der amerikanischen Presse in der Weise eingeschätzt, daß sie darauf hinzielen, die Flotte der Vereinigten Staaten auf eine Stellung zweiten oder sogar dritten Ranges hinabzudrücken. Es wird behauptet, daß sie die Ueberlegenheit der britischen Schlachtschiffe über die amerikanischen erhöhen würden, indem sie die Größe der letzteren vermindern, die Lebensdauer der bereits alten amerikanischen Schiffe erhöhen, die Erhöhung der Geschütze und daher der Reichweite der meisten amerikanischen Schlachtschiffe niedrig erhalten und die Größe ihrer Geschütze herabsetzen würden. Die Herabsetzung der Geschützgrößen auf Flugzeugmutterschiffen würde heißen, daß die beiden neuen amerikanischen Flugzeugmutterschiffe, aber keines der britischen zum alten Eisen geworfen werden müßten. Das Alter der Zerstörer erhöhen, würde den Bau neuer amerikanischer Zerstörer verhindern und Amerika zwingen, bereits alte Schiffe noch länger zu halten. Die Herabsetzung der Größe der Unterseeboote würde das Ergebnis haben, daß eine große Anzahl amerikanischer Boote zum alten Eisen geworfen werden müßte. Sechszöllige Geschütze auf Kreuzern, der Kernpunkt des britischen Programms, würde die Verwendbarkeit amerikanischer Kreuzer im Fernen Osten herabsetzen und die Flottenstärke der britischen Handelsflotte erhöhen. Die Abschaffung von Unterseebooten ist nicht ernst gemeint, da Frankreich und Italien dem nicht zustimmen würden.

Das amerikanische Programm hinwiederum ist für Großbritannien und Japan völlig unannehmbar. Es verwirft die neuerliche Behandlung des

Vertrages von Washington von 1921 und schlägt vor, daß jeder neue Vertrag gleichfalls im Jahre 1931 ablaufen solle. Der Vorschlag, das Kräfteverhältnis von 5 : 5 : 3, wie es im Vertrag von Washington vorgesehen war, weiter auszudehnen, wird gleichfalls von Großbritannien und Japan bekämpft. Die Vereinigten Staaten betrachten die verschiedenen Schiffstypen auf der Grundlage der Gesamttonnenzahl für jede Gruppe und fordern größere und mächtigere Schiffe jeden Typs sowie schnellere Erneuerung. Ihre Gesamttonnenzahlen sind den anderen Mächten viel zu klein, aber selbst, wenn sie angenommen werden, würden sie eine Steigerung des Baues von amerikanischen Kreuzern im Ausmaße von 100 Prozent, von 50 Prozent für Unterseeboote und die Abtakerlung nur solcher Zerstörer bedeuten, die auf alle Fälle wegen ihres Alters in kurzer Zeit zum alten Eisen geworfen werden würden. Das Staatsdepartement hat eine Erklärung abgegeben, daß nur veraltete Schiffe abgetakelt werden sollten. Die japanischen Vorschläge fordern den bisherigen Zustand unter Einschluß der in Bau befindlichen Schiffe, was für die Vereinigten Staaten unannehmbar wäre. Japans Wunsch, daß kleinere Schiffe ausgenommen werden mögen, stößt ebenso auf Widerstand wie sein Vorschlag, den Betrag der jährlichen Ersatzbauten in gleicher Höhe festzusetzen. Die Abwesenheit von Italien und Frankreich verurteilt die Konferenz, sogar vom bürgerlichen Standpunkt aus, fast mit Sicherheit zum Scheitern.

Die Annahme irgendeines Programmes, auch nach Abänderungen und Kompromissen, ist jedoch nicht der springende Punkt. Der springende Punkt der gesamten Komödie, die sich in Genf abspielt, ist der, ob irgendeine Herabsetzung der Rüstungen zustandekommen wird. Die Antwort ist entschieden verneinend, da die amerikanischen Zahlen, die die niedrigsten aller vorgelegten sind und sicherlich nach oben hin abgeändert werden, bereits eine große Steigerung der Rüstungen erweisen. Mit der Förderung der kleineren und schnellen Kriegsschiffe, der größeren und schnelleren Unterseeboote und des Luft- und chemischen Krieges und der industriellen Mobilisierung werden die Rüstungen als ganzes mit jedem Tage mächtiger, und die Kriegsgefahr wird entsprechend größer.

Der größte Teil der britischen Presse erwägt sogar nach der Eröffnung der Konferenz, mit der „Freimütigkeit“, die ihren Äußerungen eigen ist, daß die Konferenz ein Mißerfolg sein wird. Die „Morning Post“ vom 22. Juni betrachtet die Aussichten als „düster“ und glaubt, daß eine Vereinbarung „unmöglich ist“. Die Londoner „Times“ vom 22. Juni erwarten einen Mißerfolg, stellen aber fest, daß Coolidge eine derartig mächtige Unterstützung genieße, daß sein Ansehen nur wenig leiden werde, sollte die Konferenz scheitern. Der Londoner „Observer“ vom 19. Juni ist der Ansicht, daß die Fortschritte der Abrüstungen in Europa „sehr langsam und zögernd zu werden drohen“. Die amerikanischen Blätter nehmen ebenfalls keine allzu hoffnungsvolle Stellung ein. Die konservativen „Times“ vom 21. Juni sagen, daß „die Hoffnung . . . nicht ohne Garantie ist . . . jedoch stehen schleppende Verhandlungen in Aussicht“. Die liberale „World“ vom 20. Juni sagt, daß die Konferenz einigen entmutigenden Umständen gegenübersteht und erwähnt die Schwierigkeiten im Adriatischen Meere und an den Grenzen der Sowjetunion sowie die ungünstige Tagung des Völkerbundrates, und schließt daraus, daß die bloße Tatsache, daß die Konferenz überhaupt zu-

sammengetreten sei, „etwas“ ist. Das reaktionäre Organ der Anhänger der „Großen Flotte“, „The Herold Tribune“ vom 20. Juni, erwartet keinen Erfolg und warnt die Vereinigten Staaten: der beste Weg, eine „Vertrags-Paritätsflotte zu besitzen“ bestehe darin, „einfach eine zu bauen“. Das „Journal of Commerce“ erwartet keinen „Fortschritt über das Stadium von Resolutionen hinaus, die nur eine provisorische Politik skizzieren!“ „World's Work“ vom Juni 1927 betrachtet die Konferenz als „eine leere Friedensgeste“, die der Landesverteidigung schade, obgleich ihr Leitartikel vom April 1927 einen Krieg „nicht als nur möglich, sondern als sogar wahrscheinlich“ bezeichnet hatte. Der ehemalige Staatssekretär Hughes sagt, daß die Schwierigkeiten, die dem Erfolge im Wege ständen, „nahezu unüberwindlich“ seien. Der größte Teil der amerikanischen Presse spricht von den technischen und finanziellen Mitteln, die die Vereinigten Staaten besitzen, um die größte Flotte in der Welt zu bauen und verlangt dies auch — falls die gegenwärtige Konferenz scheitern sollte — an Stelle der Erneuerung des Vertrages von Washington vom Jahre 1921.

Weitere Zeugnisse für die negative Haltung der Großmächte gegenüber der Abrüstung sind die Absicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, ab 1931 je 15 neue Schlachtschiffe, von denen jedes 35 Millionen Dollar kostet, zu bauen, und die Weisung des Ministerpräsidenten Japans an das Oberhaus, trotz der Konferenz das Flottenbauprogramm weiterzutreiben.

Die Handlungsweise der Vereinigten Staaten gegen China, die Rede Herricks in Paris am 30. Mai gegen die Sowjetunion, die amerikanischen Anleihen an Polen, Finnland usw. zusammen mit den Zeugnissen der Militarisation, die oben angeführt wurde, beweisen, daß die Vereinigten Staaten jetzt einen aktiven und offenen Anteil an dem gegen die Sowjetunion vorbereiteten Kriege nehmen. Diese Tatsachen muß man berücksichtigen, wenn man das Ausmaß abschätzt, in dem die Großmächte irgendwelche Schritte zur Abrüstung machen könnten oder wollten. Das Bedürfnis nach einer Herabsetzung der Militärbudgets herrscht bei den meisten von ihnen offensichtlich vor; aber dieses Bedürfnis ist ein sehr geringfügiger Faktor in dem großen Komplex von Gegensätzen, von Kräften, die die imperialistischen Mächte in einen neuen Weltkrieg treiben. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß es auf der Konferenz, die jetzt in Genf stattfindet, zu irgendeinem Abbau der Rüstungen kommen wird, und wenn irgendwelche Herabsetzungen oder auch nur Begrenzungen gefordert werden, werden sie mehr rein äußerlich als tatsächlich sein und durch erhöhte Bemühungen auf dem Gebiete des Landheeres, der Luftflotte und des chemischen Krieges reichlich aufgewogen werden.



A. SCHAMI:  
**ENGLAND UND AEGYPTEN**  
 (Zu den Ergebnissen des englisch-ägyptischen Konflikts)

In den letzten Monaten waren wir Zeugen eines überaus scharfen Konfliktes zwischen England und Aegypten, der nicht nur von einem Notenwechsel zwischen den Regierungen beider Majestäten, sondern auch von der Entsendung dreier englischer Dreadnoughts in die ägyptischen Gewässer begleitet war.

In der Darstellung der europäischen Presse war der Konflikt etwas vollkommen Unerwartetes: die unruhigen, extremistischen Elemente im ägyptischen Parlament hatten die friedlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern verschärft, und die englische Regierung mußte zur Beruhigung der afrikanischen Geister ihre Dreadnoughts demonstrieren; die englische Diplomatie, die damit eine sehr gewichtige Unterstützung erhalten hatte, triumphtierte, und der Friede zwischen England und Aegypten ist wiederhergestellt. Die bürgerlichen Zeitungsschreiber vergehen sich gegen die Wahrheit in doppelter Weise: Der Konflikt brach nicht „plötzlich“ aus, und die Initiative ging nicht von Aegypten aus. Der Antagonismus zwischen England und Aegypten ist zu ernst, als daß man ihn ausschließlich als Erscheinung der augenblicklichen politischen Situation ansehen könnte. Der Konflikt ist im Grunde ebenso alt wie die englische Herrschaft in Aegypten; seine Wurzeln ruhen tief in den unversöhnlichen Gegensätzen zwischen den Interessen des englischen Imperialismus und den Interessen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Aegyptens.

Englands Politik im heutigen Aegypten ist die der eisernen Ferse des verwesenden, jedoch bis an die Zähne bewaffneten und unausgesetzt weiterrüstenden englischen Imperialismus in dem ägyptischen Sektor des arabischen Ostens; davon muß man ausgehen, will man den wahren Sinn der Entstehung, Entwicklung und der scheinbaren Liquidierung des englisch-ägyptischen Konfliktes verstehen.

1.

Es ist schon zum Gemeinplatz geworden, daß Aegypten eine der für England wichtigsten Rohstoffquellen — nämlich für Baumwolle — ist; man legt sich aber gewöhnlich keine genügend klare Rechenschaft ab über die tiefen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen, die im Leben Aegyptens durch die Verwandlung des Landes in eine Baumwollplantage hervorgerufen wurden. Aegypten ist ein Agrarland, doch hat sich im Zusammenhang mit der Entwicklung der für den Export bestimmten Baumwollkultur die Struktur der Landwirtschaft bis zur Unkenntlichkeit verändert. Der Bauer, der Fellach, zieht es vor, Baumwolle anzubauen, statt des wenig lohnenden Getreides. Das Resultat ist, daß Aegypten, dessen Landwirtschaft früher nicht nur das Bedürfnis seiner Bevölkerung an Getreide deckte, sondern noch einen großen Ueberschuß an Weizen für den Export hergab, jetzt Getreide

einführen muß. Am besten wird das durch nachfolgende Zahlen veranschaulicht:

Mehlimport nach Aegypten:	
im Jahre 1890 für	114 627 ägyptische Pfund
im Jahre 1911 für	1 600 676 ägyptische Pfund
im Jahre 1925 für	3 490 771 ägyptische Pfund

In 35 Jahren hat sich demnach der Mehlimport um das Dreißigfache gesteigert, während sich die Bevölkerung in diesem Zeitabschnitt um weniger als das Doppelte vermehrt hat (1890 — 8 250 000 Einwohner, 1925 — 14 000 000).

Andererseits nimmt der Export von Baumwolle unausgesetzt zu. Während er 1890 nur 66 Prozent des gesamten ägyptischen Exports betrug, erreicht er jetzt schon 93 Prozent des gesamten Exports.

Es ist klar, daß die ägyptische Landwirtschaft und mit ihr auch die gesamte Volkswirtschaft Aegyptnes vollkommen von dem Stande des Weltbaumwollmarktes abhängt. Es genügt, daß die Preise für feine ägyptische Baumwolle sich senken und sofort wirkt sich das auf die ganze Lebenshaltung der Fellachen aus, die sich gänzlich auf die Geldwirtschaft stützt.

In der absoluten Abhängigkeit der ägyptischen Landwirtschaft von der englischen Textilindustrie, in ihrer Abhängigkeit von den Textilmagnaten Lancashires liegt auch der Grund der schweren, langwierigen wirtschaftlichen Krise, die Aegypten nunmehr das dritte Jahr durchlebt.

Die Weltproduktion von Baumwolle steigert sich mit jedem Jahr; die englischen Textilfabriken sind jetzt dank einer Reihe von technischen Verbesserungen in der Lage, auch die gröbern Baumwollsorten zu verarbeiten und infolgedessen drücken die englischen Exporteure in zunehmendem Maße auf die Preise für ägyptische Baumwolle.

Trotz des Preisrückganges bleibt eine große Menge von Baumwolle unverkauft, so daß die Vorräte in den Lagern mit jedem Jahre wachsen. Zusammen mit den Resten der früheren Jahre liegen gegenwärtig 2 500 000 bis 3 000 000 Kantar unverkauft, und dies trotz eines „Glücksfalles“, der Aegypten zugute kommt — die Ueberschwemmung des Mississippi bedeutet nämlich für dieses Jahr auch einen Rückgang der Baumwollernte in den Vereinigten Staaten. Wenn die großen amerikanischen Getreideexporteure sich erlauben konnten, um die Weltpreise für Getreide zu steigern, ungeheure Getreidevorräte zu vernichten, so kann sich der ägyptische Fellache das nicht erlauben, um so mehr, als die ägyptische Baumwollernte nicht die Weltpreise für Baumwolle bestimmt. Als beste Charakteristik für die schwere wirtschaftliche Krise, die die ägyptische Volkswirtschaft durchmacht, kann der Stand ihres Außenhandels dienen. Bis zum Jahre 1925 war die Handelsbilanz Aegyptens ununterbrochen aktiv und im Zusammenhang damit war die ägyptische Valuta die allerstabilste und höchste (das ägyptische Pfund steht einen halben Schilling höher als das englische). Vom Ende des Jahres 1925 an jedoch, als die Baumwollkrise sich deutlich abzeichnen begann, beginnt ein jäher Rückgang des Exportes, es erfolgt eine ebenso jähe Verminderung des Verbrauchs im Lande, was einen Rückgang auch des Importes zur Folge hat. Nachstehend die diesbezüglichen Ziffern:

	Import:	Export:
im Jahre 1925:	58 224 895 ägyptische Pfund	59 198 262 ägyptische Pfund
im Jahre 1926:	52 399 551 ägyptische Pfund	41 759 380 ägyptische Pfund
Rückgang:	5 825 344 ägyptische Pfund	17 439 282 ägyptische Pfund

Wir sehen also, daß der Export sich im Jahre 1926 um etwas mehr als 17 Millionen, d. i. fast um ein Drittel, verringert hat.

Das Jahr 1926 war das erste Jahr mit einer passiven Handelsbilanz (das Passivum betrug  $10\frac{1}{2}$  Millionen ägyptische Pfund). Die Krise hat aber nicht nur nicht nachgelassen, sondern sich noch mehr verschärft; eine beredte Sprache sprechen diesbezüglich die Ziffern des Handelsumsatzes Aegyptens im gegenwärtigen Jahre 1927.

Wir führen hier die Ziffern für den Januar an:

	Import:	Export:
Januar 1926:	4 637 655 ägyptische Pfund	4 803 529 ägyptische Pfund
Januar 1927:	3 688 870 ägyptische Pfund	3 678 655 ägyptische Pfund
Rückgang:	948 518 ägyptische Pfund	1 124 874 ägyptische Pfund

Von dem Umfang der Krise kann auch die offiziell angegebene Ziffer von 531 Bankrotten großer Firmen im Jahre 1926 eine Vorstellung geben, ebenso die stetig zunehmende Arbeitslosigkeit, die immer größere Kaders von Land- und Industriearbeitern erfaßt.

Die schwere, ständig zunehmende Krise droht die ganze Volkswirtschaft Aegyptens zu erschüttern. Mit solchen Palliativmitteln, wie sie von dem „Bauern“-Minister, dem Wafdisten Barakat Pascha, vorgeschlagen wurden, nämlich Ankauf von Baumwolle durch die Regierung, billiger Staatskredit, Genossenschaften und selbst das Verbot, mehr als ein Drittel der Anbaufläche mit Baumwolle zu bepflanzen — kann man der Krise nicht beikommen.

Die Einrichtung einer Monokultur in Aegypten durch die Engländer hat nicht nur zur schweren wirtschaftlichen Folgen geführt, sondern auch tiefgehende soziale Veränderungen hervorgerufen.

Nach Maßgabe der Entwicklung der Baumwollkultur im Lande begannen die früheren feudalen Großgrundbesitzer auf jegliche Weise den Fellachen den Grund und Boden abzujagen, und wir sehen nunmehr, daß die Bauern fast vollkommen ohne Land sind. Nicht weniger als 3 Millionen Fellachen sind gänzlich ohne Landbesitz. 1 359 000 Fellachen nennen weniger als 1 Feddan (1 Feddan gleich 4,2 Hektar) ihr „eigen“, etwas über 500 000 Fellachen besitzen einen bis fünf Feddan; andererseits besitzt ein kleines Häuflein von 1512 Großgrundbesitzern 40 Prozent des ganzen im Privatbesitz befindlichen Bodens; wenn man hierzu noch die Domänen und Wakuben rechnet, so ergibt sich, daß gegen 90 Prozent des ganzen bearbeiteten Bodens große Latifundien bilden.

Ein großer Teil des Bodens gehört den Ausländern entweder direkt (6953 Ausländern gehören 11 Prozent des gesamten privaten Landbesitzes) oder in Form von Verpfändungen in den Landbanken („Agrikulturel Bank of Egypt“ — und „Credit Fourrier Egyptien“).

Die feudale Aristokratie ist mit dem ausländischen Kapital aufs engste verwachsen. Der frühere feudale Gutsbesitzer hat sich in einen hyper-

modernen Kapitalisten verwandelt, in den Besitzer einer ungeheuren Baumwollplantage mit zahlreichen proletarischen Fellachen, und der ausländische Bankier ist ein ägyptischer Großgrundbesitzer geworden. Aegypten ist ein Land hochentwickelter kapitalistischer, kommerzieller Landwirtschaft geworden.

Während aber für die Lancashirer Fabrikanten nur die Verwandlung Aegyptens in eine Baumwollplantage von Bedeutung war, entwickelt sich jetzt gegen deren Interessen in Aegypten auch die Industrie mit einem Millionenproletariat.

Die Entwicklung der einheimischen Industrie wird durch die Zollpolitik der Engländer gehemmt, die alle nach Aegypten eingeführten Waren — sowohl Rohstoffe, wie auch Fertigfabrikate — mit einem achtprozentigen Zoll belegen (ad valorem). Es ist ganz klar, daß die einheimische Produktion von Massenbedarfsartikeln nicht in Konkurrenz mit den eingeführten Fertigfabrikaten treten kann, besonders wenn man das Fehlen von eigener Kohle in Aegypten berücksichtigt\*.

Die einheimische Bourgeoisie macht im Kampfe gegen die imperialistische Unterdrückung verzweifelte Anstrengungen für ihre Entwicklung. Ueberaus bemerkenswert ist in dieser Beziehung die Gründung einer eigenen Nationalbank (Bank Misr, als Gegengewicht gegenüber der offiziellen, ganz in englischen Händen befindlichen National Bank of Egypt), deren Hauptaufgabe die Förderung der einheimischen Industrie ist. Es versteht sich von selbst, daß diese Bank den besonderen Haß der Engländer hervorruft, und es ist überaus bezeichnend, daß das Ministerium Adli Pascha Jeghen (natürlich unter dem Druck der Engländer) sich geweigert hat, auch nur einen kleinen Teil des gegenwärtig in der National Bank of Egypt aufbewahrten Reservefonds der Regierung (der 30 Millionen Pfund beträgt) nach der Bank Misr zu überführen. Die Frage der Ueberweisung von 1 Million Pfund an die Bank Misr zum Zwecke der Förderung der einheimischen Industrie diente bekanntlich auch als Anlaß zum Sturze des Kabinetts Adli (Ende April).

England tat alles mögliche, um die Entwicklung der Produktivkräfte Aegyptens zu hemmen, da es bestrebt ist, das Land ausschließlich als Baumwollquelle für seine Industrie zu benutzen. Es hat dies auch erreicht, und die Folgen bekommt die ganze Vielmillionenbevölkerung Aegyptens zu spüren. Der Fellach und mit ihm das ganze Land hängen ganz von den Baumwollpreisen ab. Fallen die Preise, bleibt die Baumwolle unverkauft so hat der Fellach nichts, um Pacht und Steuern zu bezahlen und Getreide zu kaufen. Bleibt die Baumwolle unverkauft, ist der Fellach mit seiner Familie dem Hungertod preisgegeben. Das Zaghlul-Parlament macht verzweifelte Anstrengungen, um die Lage zu retten, indem sie das bekannte Gesetz herausgab, daß die Bestellung von mehr als einem Drittel der Anbaufläche mit Baumwolle verbietet. Das Parlament hoffte durch die Einschränkung des Baumwollanbaues den Verkaufspreis der Baumwolle zu

\* Bezeichnend ist, daß die Engländer trotz der unermeßlichen Möglichkeiten für die Ausnutzung der Wasserkräfte Aegyptens (wenn sie auch kolossale hydrotechnische Einrichtungen getroffen haben, um Aegypten in eine Baumwollfarm zu verwandeln), dies keineswegs für die Elektrifizierung des Landes ausnutzen. Eines der deutlichsten Beispiele für die Hemmung der Produktivkräfte des Landes durch den Imperialismus.

heben und das Quantum des geernteten Getreides zu steigern, doch waren die Resultate bisher andere und müssen unter den jetzigen Bedingungen auch andere sein: mit der Einschränkung der Anbaufläche von Baumwolle wurde eine kolossale Menge von Arbeitshänden frei. Im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Krise macht, wie wir schon erwähnt haben, auch die einheimische Industrie und das Handwerk eine schwere Krise durch; die Arbeitslosigkeit des landwirtschaftlichen wie des Industrieproletariats nimmt katastrophale Ausmaße an.

Für die Millionenmassen der Fellachen und Arbeiter bedeutet die Lösung der Krise buchstäblich eine Lebensfrage. Im Zusammenhange damit steht auch das Ansteigen der nationalen Bewegung. Die leidenschaftlichen Debatten im Parlament sind nur ein schwacher Widerhall der wirklichen Lage im Lande, aber selbst aus diesen glatten und geleckten Reden der Parlamentarier hört man immer deutlicher einen Ton des Hasses gegen die englischen Bedrücker heraus (den die ganze Bevölkerung Aegyptens teilt) und immer deutlicher macht sich das Moment des sozialen Kampfes fühlbar.

England hat Aegypten stets nicht nur als Baumwollquelle betrachtet, sondern auch als wichtigen Absatzmarkt, als Gelegenheit zur Investierung von Kapitalien und zu Finanzoperationen verschiedener Art. Welch gute Geschäfte das privilegierte englische Kapital in Aegypten macht, davon gibt die von uns schon erwähnte National Bank of Egypt eine gute Vorstellung. Diese Bank hatte im Jahre 1926 bei einem Kapital von 5 325 000 Pfund (das Grundkapital beträgt 3 Millionen Pfund) einen Gewinn von 1 011 789 Pfund; mit anderen Worten, in einem Jahre, wo sich das Land in einer schweren Krise wand, konnte an die Aktionäre dieser Bank eine „ehrlich“ verdiente Dividende von 17 Prozent ausgeschüttet werden. Allein an der Emission von Banknoten hat diese Bank jährlich eine Viertelmillion „verdient“.

Nicht umsonst klammern sich die in Aegypten ansässigen Engländer und mit ihnen auch die anderen Europäer so fest an ihre Kapitulationsprivilegien, indem sie die englische Regierung zu einer Politik der „starken Hand“ drängen und sie von Zeit zu Zeit des „überflüssigen Liberalismus“ gegenüber den „Extremisten“ aus dem Wafd zeihen.

Mit der Lieferung von Baumwolle und mit den guten Geschäften erschöpft sich aber nicht die Bedeutung Aegyptens für England. Eine weitaus größere Bedeutung hat für den englischen Imperialismus die Tatsache, daß Aegypten am Suez-Kanal liegt. Diese Bedeutung Aegyptens als Schützer der großen Imperiumstraße hat jüngst (am 1. Mai in einer in Birmingham gehaltenen Rede) der Kolonialminister Amery vorzüglich charakterisiert; dieser versteht es nach dem Muster seiner berühmten Vorgänger im Kolonialministerium, mit dem Pathos des „Zivilisatorentums“ die unersättlichen imperialistischen Appetite der englischen Bourgeoisie zu maskieren:

„Der große Politiker Disraeli hat seine ganze Aufmerksamkeit der Entwicklung der Ereignisse im Nahen Osten zugewandt, wo einstmal der Ursprung der Zivilisation und die Wiege unserer Kultur war. Mit seinem erstaunlichen Seherblick hat er früher als andere die Tatsache erkannt, daß die große Bedeutung des zwischen dem indischen Imperium und dem Mittelmeer, dem Zentrum der britischen Seeherrschaft liegenden Landes für den Handel und die Verteidigung mit den Jahren wachsen werde. Die Ereignisse haben die Richtigkeit dieser Ansicht bestätigt. Im allgemeinen

ist unsere Seestrategie darauf gerichtet, der Flotte eine freie Straße zu schaffen, auf der sie aus dem Mittelländischen Meer durch den Suez-Kanal in die östlichen Meere gelangen kann, damit sie in der erforderlichen Weise einem so komplizierten Problem, wie es gegenwärtig die chinesische Bewegung ist, gerecht werden kann. Garantien dieses großen Seeweges sind viel Plätze, wie z. B. Gibraltar, Malta, die wichtige Seefestung Singapore, der beste Weg aber ist die schmale Straße des Suez-Kanals zwischen den beiden Weltmeeren, auf denen nur dann die Ruhe gewährleistet werden kann, wenn Großbritannien auf allen Seiten des Kanals genügend stark ist und die angrenzenden Länder dieses Kanals sich uns gegenüber freundschaftlich verhalten. Unter diesem Gesichtspunkt ist unsere Position in Aegypten, Palästina und im übrigen Nahen Osten ein hochbedeutsamer Faktor für die von unserer Flotte unterstützte Sicherheit Großbritanniens.“

Diese pompöse Rede des Diehardbarden spricht für sich selbst: die Ruhe auf den großen Weltmeeren muß „gewährleistet“ werden, und zu diesem Zwecke muß man die „Freundschaft“ jener Länder pflegen, die an die beste Wasserstraße stoßen. Eben zu dem Zwecke der Erhaltung dieser „Freundschaft“ werden mit fieberhafter Eile Flugstützpunkte, Kriegshäfen, Eisenbahnen und Chausseen, befestigte Garnisonen und Kasernen erbaut und Automobilstraßen durch die Wüste angelegt\*.

Aegypten bildet in dieser Beziehung eine gewisse Gefahr: das Land ist zu entwickelt, zu kultiviert, die nationale Bewegung, das Streben nach Unabhängigkeit ist zu sehr entwickelt. Daraus erklärt sich auch das gesteigerte Bestreben, die Baumwollkultur im Sudan zum Schaden Aegyptens zu entwickeln, um so mehr, als man den rückständigen Fellach des Sudan, wo noch die Sklavenherrschaft floriert, in den Baumwollplantagen für einen, höchstens anderthalb Piaster den Tag arbeiten lassen kann (1 Piaster gleich ein Fünftel Schilling), während der Taglohn des „verwöhnten“ ägyptischen Arbeiters 10 Piaster beträgt. Der Fellach des Sudan ist ja noch nicht vom „Bolschewismus“ infiziert, und die Nationalbewegung ist in diesem Lande ja erst im Keimen begriffen.

Der Kampf um den Sudan erklärt sich durch drei Momente: 1. durch die billige Arbeitskraft, 2. durch die Expropriation von sudanischen Ländereien durch englisches Kapital (während die Engländer in Aegypten auch ägyptische Landbesitzer dulden müssen) und 3. durch militärpolitische Erwägungen.

Mit einer Vernichtung Aegyptens als einer selbständigen wirtschaftlichen Größe rechnend, verhüllte jedoch Großbritannien von Zeit zu Zeit seine räuberische Politik durch die Form einer äußeren „Zusammenarbeit“ mit Aegypten. Der Sudan wurde als „Kondominium“ (gemeinsamer Besitz) Aegyptens und Englands erklärt. Im November 1924 trennte England, den bekannten Mord an Lee Stack sich zunutze machend, den Sudan formell von Aegypten los und exproprierte bei dieser Gelegenheit 300 000 Feddans des besten Bodens im Bezirk Khartum el Gezira.

Das Wachstum des englischen Kapitals im Sudan, das die Entwicklung des ägyptischen Baumwollkapitals merklich beeinträchtigte, geht anschau-

\* Siehe unsern Aufsatz „Kriegsgefahren in den arabischen Ländern“ in der „Kommunistischen Internationale“ Nr. 23. Erst vor kurzem haben die englischen Residenten in den „Unabhängigen“ Emiraten Bachrein und Oman (an der Küste Arabiens) die Ueberschreibung von Ländereien in allen Bezirken Omans zwecks Errichtung von englischen Flugstützpunkten erreicht. Die Ueberschreibung der entsprechenden Territorien ist schon erfolgt und die zukünftigen Flugstützpunkte sind durch entsprechende Zeichen bereits eingehegt.

lich aus folgender bezeichnenden Ziffer hervor: „Sudan Plantation Syndicat“ beschloß vor kurzem, sein Kapital durch Ausgabe neuer 750 000 Aktien zu erhöhen.

Die „Sorgen“ um den Sudan: die Erweiterung des Irrigationssystems und die forcierte Erweiterung der Flächen der Baumwollplantagen (in Gezira wurden in diesem Jahre bereits 80 000 Feddan mit Baumwolle angebaut und in den nächsten 2 Jahren werden weitere 150 000 Feddan für Baumwollkulturen verwandt werden) ebenso, wie die neuen hydrotechnischen Einrichtungen an den Quellen des Nil geben den Engländern die Möglichkeit, Aegypten das Wasser abzuschneiden.

Dem gleichen System der Zermürbung dient die Handelspolitik Englands, insbesondere die Politik der Verhinderung von Handelsbeziehungen Aegyptens zur Sowjetunion.

Die Politik der Diehardregierung Englands nimmt auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft Aegyptens noch weniger Rücksicht als auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft Englands. Die Helden der Sabotage und der Sprengung des Anglo-Russischen Handelsabkommens von 1921 haben durch die ungeheuerlichsten Machinationen die Handelsbeziehungen Aegyptens zur Sowjetunion zu erschweren gewußt, so daß die Preise für die aus der Sowjetunion nach Aegypten eingeführten Waren aus diesem Grunde teurer wurden. Der Export von Waren aus Aegypten leidet unter den englischen sowjetfeindlichen Machinationen noch mehr. Im ägyptischen Parlament gaben die Deputierten aller Parteien ihrer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die direkten Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion noch nicht hergestellt seien. Sie haben genau den Sinn der Schwierigkeiten erfaßt, die von den englischen Behörden den in ägyptischen Häfen eingetroffenen Sowjet-Handelsschiffen bereitet werden. England monopolisiert den Ankauf ägyptischer Baumwolle und zwingt die Handelsorganisationen der Sowjetunion, diese Baumwolle in Liverpool aus zweiter Hand zu kaufen; einige Deputierte bewiesen an Hand von Zahlen, daß England sich überhaupt bemühe, den Absatz der Sudaner Baumwolle auf Kosten der ägyptischen zu erweitern, und forderten die Ergreifung von Maßnahmen zur Herstellung direkten Beziehungen zum Markte der Sowjetunion\*.

Diese von den Engländern in den letzten Jahren konsequent und unablässig durchgeführte Politik einer Behinderung der Entwicklung aller Produktivkräfte Aegyptens wird unvermeidlich zum Untergange des Landes und zum Aussterben der Bevölkerung führen; was kümmert aber das die englischen Imperialisten: für sie ist die Erhaltung „der Ruhe“ auf den

\* Von Interesse ist, wie auf diese Frage die ägyptische Presse reagierte. So schrieb z. B. „Al-Sijassa“, eine der größten Zeitungen (liberal-konstit.) anlässlich der Debatten im Parlament:

„Im Jahre 1913 betrug der ägyptische Export 31 267 087 ägyptische Pfund und Rußland stand hinsichtlich der Menge der ausgeführten Waren an 4. Stelle. (England, Frankreich, Deutschland, Rußland.) Die ersten 3 Länder kauften nicht nur ägyptische Waren, sondern importierten nach Aegypten Fabrikate im Betrage von 20 Millionen Pfund, und konkurrierten so mit der einheimischen Industrie; der Import aus Rußland bestand aber vorwiegend aus Rohstoffen und Halbfabrikaten, was der ägyptischen Industrie viel Nutzen brachte. Rußland kaufte den siebenten Teil der gesamten ägyptischen Baumwollproduktion.“



großen Seewegen, der Schutz des Suezkanals, dieses „Schlüssels des britischen Imperiums“ wichtiger als alles. Aegypten mag untergehen, das Imperium soll leben.

Die Kräfte der Engländer in Aegypten haben wir kennengelernt; nunmehr wollen wir uns mit dem Kräfteverhältnis unter den Aegyptern selbst beschäftigen.

Das zahlreiche Proletariat ist in einigen Großstädten konzentriert (von der mehr als 14 Millionen betragenden Bevölkerung leben in Städten an drei Millionen, davon in Kairo und Alexandria 1 650 000 Menschen). Die Hauptmassen des Proletariats sind im Transportwesen konzentriert (Eisenbahnen, Häfen, am Suezkanal, Straßenbahnen) und in der landwirtschaftliche Rohstoffe bearbeitenden Industrie (Baumwollreinigung, Oelschlägereien, Zuckerraffinerien usw.).

Seitdem der revolutionäre Gewerkschaftsbund und die ihn leitende Kommunistische Partei zerschlagen wurden (im Jahre 1924 unter der Regierung Macdonalds und Zaghluls) bestehen in Aegypten, wenn auch zahlreiche, so doch nur lokale, zersplitterte Gewerkschaften. Die Versuche der Nationalisten und Wafdisten, die Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen, indem sie nationale Verbände, insbesondere eine neue nationale Föderation schufen, haben bisher nur wenig Erfolg gehabt.

Trotz des Fehlens starker vereinigter Organisationen und einer revolutionären Führung ist die Arbeiterbewegung jedoch in zunehmender Festigung begriffen. Es steigt die Zahl der Streiks, es steigert sich die Tendenz zur Organisierung, ebenso ist eine kleine Arbeiterpresse vorhanden. Einzelne linke Wafdisten und Nationalisten versuchen in der letzten Zeit aufs neue, die Arbeiterbewegung in die Hand zu nehmen, indem sie eine Arbeiterpartei (in der Art der englischen Labour Party) gründen wollen.

Wie groß aber auch die potentiellen Kräfte der Arbeiterklasse in Aegypten sein mögen, so können diese doch im gegenwärtigen Augenblick dank ihrer Zersplitterung und dem Fehlen einer revolutionären Führung keine politische Rolle spielen.

Das gleiche gilt für die Bauernschaft. Diese bildet die allergrößte Kraft im Lande und offenbarte ihre revolutionäre Energie in dem Aufstande der Jahre 1919/20; sie ist aber noch weniger organisiert als die Arbeiterschaft, so daß jeder beliebige Politikaster in ihrem Namen sprechen kann.

Unter den bürgerlichen Parteien ist der „Chesb-el-Watani“ (Nationale Partei) den Engländern gegenüber am unversöhnlichsten. Diese allerälteste ägyptische Partei besitzt jedoch keinen großen Einfluß. Die Ideologie dieser Partei bildet ein Konglomerat der verschiedensten Anschauungen: Hier gibt es einen eigenartigen ägyptischen Nationalismus und Ueberbleibsel des Panislamismus, einiges Turkophilentum; alles wird jedoch von dem unversöhnlichen Haß gegen die Engländer beherrscht, der einzelne Parteimitglieder selbst zu terroristischen Akten treibt. Das Programm dieser Partei erschöpft sich im Grunde genommen durch die Formel „keinerlei Verhandlungen mit den Engländern, solange sie Aegypten nicht verlassen haben“.

Diese Partei wirbt ihre Anhänger vorwiegend unter der Intelligenz (besonders unter der Studentenschaft), unter der Kleinbourgeoisie, in geringerem Maße unter den Arbeitern und Fellachen. In der letzten Zeit ist diese Partei

bestrebt, sich zu europäisieren. Ihr Einfluß ist sehr gestiegen. Dies ist in hohem Maße bedingt durch die Verbindung mit der internationalen antiparlamentarischen Bewegung (die Partei ist der Brüsseler Liga gegen koloniale Unterdrückung beigetreten) und auch durch ihren unversöhnlichen Standpunkt gegenüber den Engländern in den letzten Konflikten, besonders im Vergleich mit dem Kompromißblertum der Wafdisten.

Der Wafd und sein Vorsitzender, „der Vater des Volkes“, Zaghul-Pascha, besitzen unbedingt bis auf den heutigen Tag auf die allerweitesten Bevölkerungskreise Einfluß. Es ist eine ihrer Zusammensetzung nach überaus bunte Partei: neben Großgrundbesitzern gehören ihr Fellachen an, neben Handwerkern auch Kaufleute, Intellektuelle und Teile der Industriebourgeoisie. Die Hauptstütze der Partei aber sind die mittleren und wohlhabenden Bauernschichten und die vielgestaltige städtische Demokratie.

Bei all ihrem vorlauten Radikalismus unterscheidet die Wafdisten oder, richtiger gesagt, ihre Führer von den Watanisten der Wunsch, zu einer Verständigung mit den Engländern zu kommen, der Glaube an die Möglichkeit, die „Unabhängigkeit“ durch Verhandlungen, durch Umlagerung der Schwellen „der Mächtigen dieser Welt“ und durch Aufklärung derselben, durch Lavieren zwischen den verschiedenen imperialistischen Cliques zu erlangen; sie hoffen abwechselnd auf die Hilfe der öffentlichen Meinung der amerikanischen Demokratie, der Franzosen, des Völkerbundes, des faschistischen Italien.

Die Führer dieser Partei harren nur des Augenblicks, wo man bei den Engländern etwas erschachern könnte. Als ein solcher Augenblick erschien ihnen der Regierungsantritt Macdonalds. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Englands in China und der anglo-russische Konflikt erschienen ihnen ebenfalls als geeigneter Moment für einen Schacher. In beiden Fällen haben sich diese ewigen Schacherer vor dem Lande schmäählich bloßgestellt. Ihr Einfluß geht infolgedessen gegenwärtig zurück und in ihrer Mitte macht sich in steigendem Maße ein Differenzierungsprozeß bemerkbar; die radikaleren Elemente suchen eine Annäherung an die Nationalisten und versuchen, sich auf die Arbeiter zu stützen; die rechten Elemente jedoch nähern sich in steigendem Maße den „Adlisten“ (den Liberal-Konstitutionellen).

Die „Adlisten“ bilden die Landbesitzer und die höhere Beamtschaft. Diese in der Koalition mit den Wafdisten befindliche Partei spielt die eigenartige Rolle des „ehrlichen Maklers“ zwischen dem Wafd und den Engländern.

Wenn für die Engländer das „extremistische“ Kabinett Zaghul unannehmbar ist, wenn, umgekehrt, die Zaghulisten sich durch die Bildung eines rein wafdistischen Kabinetts angesichts der faktischen Unmöglichkeit, eine nationale Politik durchzuführen, nicht kompromittieren wollen, so schlagen eben die Adlisten daraus politisches Kapital; obwohl sie insgesamt nur einige Deputierte haben, so bilden sie doch das Kabinett mit Beteiligung der Zaghulisten und bedingen sich hierbei von Zaghul nicht nur die Unterstützung des Parlaments, sondern darüber hinaus die Vermeidung aller „unpassenden“ Interpellationen im Parlament aus.

Die oberste Sprosse der sozialen Stufenleiter bildet endlich die Partei „Ittihad“ („Zusammenschluß“). Diese Partei der alten feudalen Aristokra-

tie, des Großkapitals und der höchsten Bürokratie ist ganz reaktionär und antinational. In den letzten Jahren ging kein Fall eines Vorstoßes des englischen (oder italienischen) Imperialismus ohne die aktive Teilnahme dieser Volksverräter vor sich. Man muß an die Bildung des Kabinetts Siwar-Pascha nach der Ermordung Lee Stacks, an die Auflösung des Parlaments, an die Abänderung der Konstitution, an die Abtretung der Oase Jarabub an die Italiener denken; und endlich auch daran, daß sich hohe ittihadische Beamte fanden, die dem obersten Kommissar Sir Lloyd, als dieser Aegypten zu provozieren für nötig befand, auf seiner Reise durch das Land einen Triumph und königliche Ehren erwiesen.

Diese Herren werden im Parlament nicht anders als Volksverräter genannt, doch stört sie dies natürlich nicht, sich einen bestimmten Anteil an der realen Macht zu sichern: denn nur sie allein erfreuen sich des ungeteilten Wohlwollens der Engländer und des Königs Fuad, des Handlangers der Engländer.

Bei dieser letzteren leuchtenden Figur lohnt es, ein wenig zu verweilen, denn unter den ägyptischen Verhältnissen bildet der König und sein Hof einen gewissen Machtfaktor.

Nachdem er seine politische Erziehung in italienischen Freudenhäusern und seine militärische Erziehung bei Raufereien in Spelunken erhalten hatte, erschien dieser degenerierte Stammhalter der Dynastie den Engländern als der geeignetste ägyptische König. Als sich kein einziger Prinz fand, der mit der Proklamierung des Krieges gegen die Türkei durch Aegypten einverstanden war, da fand Lord Kitchener in Fuad die geeignete Person. Das ganze Land kennt wohl die nicht näher zu bezeichnende Verwundung des Königs und auch die näheren Umstände, unter denen er sich diese zugezogen hat, doch hindert ihn dies ja nicht, den Paraden beizuwohnen. Und wenn alle ägyptischen Kraniche davon erzählen können, daß dieser „arabische“ König, der die arabische Sprache nicht kennt, beim Verkauf der Oase Jarabub an die Italiener seine Hand im Spiele gehabt hat, so spricht das ja nur zu seinen Gunsten. Nicht umsonst treten ja die Engländer für seine Ausrufung zum „Kalif der Rechtgläubigen“ ein.

Und diesem gekrönten Degeneraten spricht der einstmals unversöhnliche Zaghul seine treuuntertänigen Gefühle aus und kämpft im Parlament für die Hergabe von jährlich 750 000 Pfund des Volksvermögens für den „vergötterten Monarchen“.

Nachdem es Aegypten im vorigen Jahrhundert von der Türkei „befreit“ hatte (die Okkupation Aegyptens durch die britischen Truppen erfolgte im Jahre 1882), setzte sich England allmählich da fest, indem es das Land in ein Bindeglied des britischen Kolonialsystems verwandelte.

Das Kulturland mit Traditionen eigener Staatlichkeit wurde eine ungeheure englische Farm, eine Rohstoffbasis für die englische Textilindustrie, eine strategische Basis für den Schutz des Seeweges nach Indien.

Die englische Deklaration vom 28. Februar 1922 erklärte Aegypten als unabhängig, bedang aber England spezielle Rechte aus „zur Sicherung“ dieser „Unabhängigkeit“.

Die unwahre Stellung Aegyptens, die Duplizität seiner politischen Struktur sind ein ewiger Anlaß von Konflikten. Nachdem es den Oberlauf des Nils

im Sudan besetzt und sich eine militärische Basis in Kandara gesichert hatte, wurde England in Aegypten der uneingeschränkte Herr der Lage.

England unterhält in Aegypten eine Armee und Flugstützpunkte. Diese materiellen Kräfte sind faktisch und formell dem Kriegsministerium Großbritanniens unterstellt. An der Spitze der eigentlichen ägyptischen Armee steht der Sirdar (der Oberstkommandierende), ein Engländer. Die höchsten Verwaltungsstellen in fast allen Ressorts befinden sich in Händen englischer Beamter. (Sie erhalten ihr Gehalt wohl aus den Mitteln der ägyptischen Staatskasse, doch ändert dies selbstverständlich nichts an dem ägyptenfeindlichen Charakter ihrer Tätigkeit.) Diesen englischen Schutz der ägyptischen Unabhängigkeit krönt der „Hohe Kommissar“, der Großbritannien bei der ägyptischen Regierung als „Gesandter“ vertreten soll, während seines zweijährigen Aufenthaltes im Lande jedoch keine Zeit gefunden hat, sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Der „Hohe Kommissar“ Englands ist der ungekrönte König Aegyptens; zu seiner Verfügung steht die Armee und der oberste Verwaltungsstab des Landes. Vom Palaste des Hohen Kommissars führen nicht immer sichtbare, doch stets fühlbare Fäden zur Landaristokratie, die die fremdländische Herrschaft als das Regime gutheißt, das sie vor der Gefahr bewahrt, sich Auge in Auge mit der ruinierten und in ihrem bedeutendsten Teile der Scholle beraubten Bauernschaft zu finden.

Die militärische Kontrolle über Aegypten, das Heer und das Luftgeschwader gestatten es England, in Aegypten uneingeschränkt zu herrschen, und durch den Zusammenschluß mit der reaktionären Partei der bedeutendsten Grundbesitzer „Ittihad“ erhält die englische Verwaltung sogar den Anschein, in der Bevölkerung eine gewisse Stütze zu besitzen. „Ohne sich in die inneren Angelegenheiten Aegyptens einzumischen“, brachte England indessen im Jahre 1924 das Kabinett Zaghul Pascha zu Fall, verhinderte im Jahre 1926 die Bildung eines ähnlichen Kabinetts und hält die ganze Zeit Aegypten väterlich vor, daß die Bildung eines Kabinetts Zaghul die ganze staatliche Existenz Aegyptens bedrohen würde. Der Hohe Kommissar bereist das Land, und die Beamten sowie die feudale Hocharistokratie empfangen ihn mit königlichen Ehren.

Die festen Stützpunkte Englands in Aegypten bilden wahrscheinlich den einzigen Grund dafür, daß die mit England rivalisierenden imperialistischen Staaten stillschweigend die „Rechtmäßigkeit“ der englischen Interessen in Aegypten anerkennen. Die Befestigung dieser einmütigen Anerkennung der englischen Herrschaft in Aegypten durch die gesamte kapitalistische Welt wird noch gefördert durch das in der früheren türkischen Provinz von England aufrechterhaltene Regime der Kapitulationen, d. h. der besonderen Vorrechte für Ausländer, im einzelnen ihre Befreiung von der Entrichtung der ohne Zustimmung ihrer Vertreter erhobenen Steuern und die Einrichtung einer besonderen Konsularjurisdiktion für die Ausländer. Die Kapitulationen waren dem früheren ottomanischen Reich von den Europäern aufgezwungen worden und sind heute in ihrer ganzen Unantastbarkeit nur in Aegypten erhalten, in dem Lande, das als erstes durch die Engländer vom türkischen Joche „befreit“ wurde.

Die ausländische Kolonie in Aegypten zählt bereits, mit Einschluß der

im ganzen Nahen Osten zerstreut lebenden Griechen, Türken, Syrier und Malteser, kaum 200 000 Menschen (englische Untertanen gibt es in Aegypten etwa 30 000). Die Exterritorialität der Ausländer ist nicht nur eine empfindliche Beleidigung der nationalen Ehre der Aegypter, sondern auch ein ewiger Quell von Mißbräuchen und kriminellen Verbrechen und ein unüberwindliches Hindernis für die Tätigkeit der ägyptischen Verwaltung.

Der Kampf gegen das Regime der Kapitulationen lebte in Aegypten neu auf, und zwar unter dem Einfluß des chinesischen Kampfes gegen die ungleichen Verträge, unter dem unmittelbaren Einfluß der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung. Offenbar ist es keine Agitationsphrase, wenn gesagt wird: „Der Ferne und der Nahe Osten reagieren aufeinander.“ Diese Tatsache war in den Reden der Vertreter Aegyptens auf der letzten Wirtschaftskonferenz in Genf, insbesondere in der Rede Saak Hunein Paschas zu spüren, als er sagte:

„Unerträglich ist das System, unter dem die ägyptische Regierung genötigt ist, bei der Festsetzung irgendeiner Steuer um die Erlaubnis der 12 Staaten nachzuzusuchen, denen die Kapitulationen zustehen. Dieses System nötigt die Regierung Aegyptens, die allernotwendigsten Lebensmittel zu besteuern, und gestattet ihr nicht einmal, für sanitäre Einrichtungen und öffentliche Arbeiten zu sorgen.“

Sowohl in der Tat als im Bewußtsein der Bevölkerung ist Aegypten eine von England brutal ausgebeutete Kolonie.

Diese Kehrseite des politischen Status Aegyptens verträgt sich nicht gut mit seiner Fassade. Aegypten ist eine konstitutionelle Monarchie mit dem gesamten Zubehör einer solchen: dem König, der alljährlich laut der Zivilliste ungeheure Summen bezieht (im letzten Jahre waren es fast ein Fünftel der Gesamtsumme der von den Bauern eingezogenen Grundsteuer), dem Ministerkabinett, zu dem auch der Kriegsminister gehört, dem Parlament, das seine Schwatzbudenrolle gewissenhaft durchführt, und den politischen Parteien.

Das ägyptische Parlament kann bei seiner ganzen Geschwätzigkeit die Macht Englands ignorieren, aber es ist nicht imstande, seine eigene Natur zu vergewaltigen. Als Spiegelbild der im Lande herrschenden Kräfte, des großen und mittleren Kapitals und teilweise der Kleinbourgeoisie (das ägyptische Proletariat ist im Parlament fast nicht vertreten, mit Ausnahme der 3 Wafdistenvertreter, die auf die Repräsentation der Arbeiter Anspruch erheben) erklärt das Parlament durch die darin vorherrschende Partei „Wafd“ seinen Wunsch, Aegypten ungeteilt auszubeuten. In ihrem Kampfe gegen den englischen Imperialismus mobilisiert die ägyptische Bourgeoisie nolens volens die städtische und ländliche Demokratie und gewinnt die Massen für die Politik.

Im ägyptischen Parlament hört man gegen die Herrschaft Englands gerichtete Reden, die für den ägyptischen König nicht sehr schmeichelhaft sind. Das ägyptische Parlament ist die Tribüne und der organisierende Mittelpunkt der zaghaften bürgerlichen Demokratie. Die Furcht vor den Fellachen und Arbeitern verursacht dieser „Demokratie“ nicht weniger und zuweilen noch mehr Sorgen als die gepanzerte Faust Englands. Ueber eine Fronde, über nationalistische Reden und „unabhängige“ Gesten wird

das ägyptische Parlament nicht hinausgehen — dafür bürgt seine Klassenstruktur —, aber auf diese Fronde kann es nicht verzichten.

Zwischen der realen Macht Englands, die Ägypten soviel „Unabhängigkeit“ gewährt, als es ihr beliebt, und dem infolge seiner Klassenzusammensetzung nationalistischen Parlament schwankt die Regierung, die dem Parlament „verantwortlich“ ist, die aber für ihre Handlungen und sogar für die Gesten des frondierenden Parlaments dem Hohen Kommissar Englands Rechenschaft ablegen muß. Das ägyptische Ministerkabinet ist eine Schattenmacht: sein geringster Versuch, das Land wirklich zu verwalten, wird unabänderlich und rücksichtslos vom englischen Residenten abgewehrt werden: für seine Willfähigkeit gegenüber dem englischen Residenten wird es vom Parlament mit der ganzen Kraft der erlesenen arabischen Beredsamkeit gezeißelt.

Diese objektiven Schwierigkeiten der ägyptischen Regierung können nur behoben werden entweder durch Bildung eines ohne Einberufung des Parlaments regierenden Kabinetts (ein solches war das „ittihadistische“ Kabinet Siwar im Jahre 1924 nach dem erzwungenen Rücktritt Zaghlul), oder durch Bildung eines Kabinetts aus den Kreisen der parlamentarischen Minderheit. Aber das erstere ist nicht immer angänglich, sogar bei der eigenartigen Auslegung der „Unabhängigkeit“ des Landes; das zweite führt nicht zum Ziel. Ueber diese objektiven Schwierigkeiten stolperte das Kabinet Adli Pascha, das auf jede Weise bemüht war, zwischen der Unerbittlichkeit des englischen Residenten und den Gelüsten der ägyptischen Parlamentarier zu lavieren.

Adli war bemüht, innerhalb der „konstitutionellen“ Grenzen des Vertrages mit England zu handeln. Laut Vertrag hatte Ägypten das Recht, ein eigenes Heer zu unterhalten, und der ägyptischen Regierung gehört auch ein Kriegsminister an. Das gestutzte ägyptische Heer gemahnt an die Anekdote von der alten persischen Garde, von der gesagt wird, sie habe einst vom Schah Schutz vor den auf dem Wege nach Teheran auftauchenden Räubern erbeten. Es genügt zu sagen, daß seine Kanonen aus dem Jahre 1823 stammen. (Die Bestellung auf neue Waffen, die von der ägyptischen Regierung an englische Fabriken bereits vor einigen Jahren vergeben wurden, werden nicht ausgeführt, weil sie noch „nicht an der Reihe“ sind . . .)\*

Der Möglichkeit beraubt, diese traurige Armee, die nur zu Paraden in Aktion tritt, in eine wirkliche Kampfeinheit zu verwandeln, hatte die Regierung Adli den Einfall, dieselbe Aufgabe von einer anderen Seite in Angriff zu nehmen: sie versuchte, dieser Armee einen nationalen Charakter zu verleihen, indem sie die Kommandogewalt in ägyptische Hände legen und die englischen Offiziere daraus entfernen wollte. Ein auf diese Weise reformiertes Heer stände unter der wirklichen Kontrolle des ägyptischen Parlaments und des Kriegsministers.

Diesem durchaus in den Rahmen des Vertrages mit England hineinpassenden, mehr als bescheidenen Plan sollte die Verwirklichung versagt bleiben.

\* Im Gegensatz dazu ist die Leibgarde des von England und Italien gemeinsam verhängelten Königs Fuad vorzüglich mit englischen Maschinengewehren und Waffen versehen, wobei diese „Garde“ nicht der Kontrolle von Parlament und Kriegsminister unterstellt ist.

Der Hohe Kommissar Sir Lloyd widersetzte sich. Das Ergebnis dieses Streites war die Demission des Kriegsministers und kurz darauf, wenn auch aus einem anderen Anlaß, die des Gesamtkabinetts.

Das Kabinett Adli wurde durch das gegenüber England willfährigere Kabinett Siwar Pascha ersetzt. Das neue Kabinett stand indessen vor der alten Aufgabe: die elementarsten Forderungen des Parlaments in bezug auf die Reform des Heeres und der Verwaltung zu verwirklichen und gleichzeitig mit dem englischen Hohen Kommissar in Frieden zu leben. Im einzelnen fiel die militärische Reform dem Gemäßigtesten der Gemäßigten Dshafar Wali Pascha zu.

Dshafar verzichtete auf den Versuch, die englischen Offiziere im ägyptischen Heere durch Aegypter zu ersetzen, aber er konnte nicht der Budget- und der Militärkommission davon abraten, auf den Beschluß zu verzichten, den Posten des Sirdars (Oberkommandierenden) aufzuheben. Er konnte dies um so weniger tun, als der Beschluß des Parlaments durchaus verfassungsmäßig war, in den Rahmen des Vertrages mit England paßte und formell sogar nicht gegen die englische Herrschaft gerichtet war: das Parlament ersetzte nicht den englischen Höchstkommmandierenden durch einen Aegypter; es ließ einfach das ägyptische Heer ohne Kommando.

Die ägyptische Bourgeoisie konnte die Basis der englischen Herrschaft nur langsam untergraben. Niemand anderes als das Zaghul-Parlament setzte für die hochbesoldeten englischen Beamten — als Abfindungen und Pensionen — legendäre Summen aus, weil es hoffte, sich auf diese Weise von ihnen loszukaufen und sie zur Aufgabe der von ihnen eingenommenen Posten zu veranlassen. Aber es gelang den ägyptischen Politikern nicht, sogar um diesen hohen Preis eine eigene ägyptische Verwaltung zu schaffen.

Die englischen Beamten wollen ihre Posten nicht aufgeben; die englische konservative Regierung läßt eine „Kränkung“ dieser Parasiten nicht zu, und der ägyptischen Regierung bleibt nur übrig, sich ihr Mißgeschick von Zeit zu Zeit selbst zu bescheinigen, indem sie unter dem Druck Englands die Verträge mit den ihr nominell unterstellten Beamten erneuert.

Der Rechtsstreit der jungen ägyptischen Bourgeoisie mit dem englischen Imperialismus hat einen tiefen politischen Sinn, ist aber auch nicht ohne komische Momente. In Aegypten wiederholt sich bis auf den heutigen Tag die Geschichte des keuschen Josef, der infolge der Gelüste seiner Herrin ins Gefängnis geriet. Die Gattinnen der englischen Kolonialbeamten verlieben sich oft in die exotische Schönheit ihrer braunen ägyptischen Diener, und die letzteren werden, wenn sie auf die Leidenschaft der keuschen Ladies nicht eingehen, wegen „Beleidigung der Ehre“ der europäischen Frauen vor Gericht gestellt und beschließen ihre Tage im Zuchthause. Da die ägyptischen Richter nicht die Möglichkeit haben, nach dem Gebot ihres Gewissens zu erkennen, beginnen sie in ähnlichen Fällen eines „Kußversuchs“ die Angeklagten nur zu 3 Jahren, d. h. zu der für diesen Fall vorgesehenen Mindeststrafe zu verurteilen. In Aegypten kennt man genau die Bedeutung eines solchen Urteils: drei Jahre Gefängnis verhängt der Richter, der nicht nur den Angeklagten, sondern auch sich selbst als Opfer der privilegierten Lage der Engländer ansieht.

Eine ähnliche operettenhafte Geschichte diente als Anlaß zu einer Beratung des englischen Unterhauses und zu einer heuchlerischen Rede Cham-

berlains. Sie veranlaßte sogar einen Notenwechsel zwischen der englischen und ägyptischen Regierung. Niemand anderes als Chamberlain wetterte zu gunsten der Ehre der europäischen Frauen, die von den „nachsichtigen“ Urteilssprüchen der ägyptischen Gerichte mit Füßen getreten wird. Chamberlain teilt mit, daß im Jahre 1926 vier Fälle eines „Angriffs auf die Ehre“ vorgekommen seien, und daß die Schuldigen in allen diesen Fällen zu der zulässigen Minimalstrafe verurteilt worden seien. Die „Times“ jedoch versäumten nicht, sich aus diesem Anlaß darüber zu verbreiten, daß die Kriminalität in Aegypten zunehme und den „Verfall der administrativen Fähigkeiten“ der englischen Regierung zu beweisen.

Zwischen den ägyptischen Politikern und England entspann sich eine formelle Diskussion über Verfassungsfragen. Die ägyptischen Parlamentarier gingen von dem genauen Text der englischen Deklaration vom 18. Februar 1922 aus — dieser Charta der Rechte Englands in Aegypten und Aegyptens selbst. Der englische Hohe Kommissar richtete sich am allerwenigsten nach dem Vertragstext; er ging von der realen Macht Englands aus, die es ermöglicht, daß einem beliebigen Vertrag ein beliebiger Sinn untergelegt wird. In bezug auf Aegypten rechtfertigten die englischen Diehards mehr als je ihren Namen. Eine Einschüchterung jagte die andere, Aegypten wurde nur eines eingepaukt: Gehorsam. Das herausfordernde freche Betragen des englischen Hohen Kommissars Sir Lloyd schloß jedwede Verständigungsmöglichkeit aus und provozierte den Bruch.

Von seiten der ägyptischen Regierung geschah alles, um einen Konflikt zu vermeiden: sie setzte die Sudanfrage von der Tagesordnung ab, war auf jegliche Weise bemüht, alle mißlichen, strittigen Fragen zu vermeiden und klammerte sich an die Unabhängigkeitsdeklaration. England dagegen befand sich in der Offensive. Durch seinen Hohen Kommissar tat es seinen festen Willen kund: den status quo in Heer und Verwaltung unangetastet zu bewahren. Der englische Kommissar provozierte einen Konflikt, indem er sich jedes annehmbaren und nichtannehmbaren Vorwandes bediente, um die Lage zu verschärfen. Er malträtierte die ägyptische Regierung auf jegliche Weise, indem er ihr Drohnoten mit der Forderung sandte, das Verhalten des ägyptischen Gerichts zu korrigieren, und indem er die Illusionen der Unabhängigkeit und der parlamentarischen Ordnung in Aegypten mit Füßen trat.

An der stumpfen Hartnäckigkeit der Regierung des englischen Imperialismus zerschellten alle Bemühungen der ägyptischen Regierung. Wie sich die führenden politischen Kreise Aegyptens dem Prokrustesbett der Deklaration von 1922 auch anpassen mögen, wie friedliebend und sogar liebedienerisch sie auch gestimmt sind, können sie doch nicht, ohne sich selbst Gewalt anzutun, auf die Bemühungen — und seien diese noch so unbestimmt, ängstlich und kläglich — verzichten, wirkliche Unabhängigkeit zu beweisen, so können sie doch nicht auf die Versuche verzichten, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, die von der Entwicklung des ägyptischen Kapitals gefordert wird. Aber gerade diese zunehmende Reife des ägyptischen Kapitals schreckt vor allem den englischen Imperialismus und veranlaßt ihn, seine Borsten zu spreizen und mit tierischem Gebrüll an seine Kraft zu erinnern.

Der englische Imperialismus hat eines der wichtigsten Elemente des



„Wesens der Verfassung“ demonstriert, wie sie seinerzeit Lassalle schilderte: in Alexandria und Port-Said trafen Großkampfschiffe ein, und die darauf blitzenden 15 zölligen Kanonenrohre verliehen der Position Englands in der Auslegung der Deklaration 1922 ungeheure Ueberzeugungskraft. Da aber eine weitere Verschärfung des Konflikts zur Demission der ägyptischen Regierung und zur Auflösung des Parlaments und dadurch wohl zu offenen Unruhen führen konnte, mobilisierte das englische Kommando die englischen Truppen in Aegypten; desgleichen wurde das ägyptische Polizeikorps aufgeboten. Alles war bereit zur gehörigen Aufnahme der — sowohl durch Sir Lloyd als auch durch die englische bürgerliche Presse — gut vorbereiteten politischen Krisis in Aegypten. Die „Times“ und der „Daily Telegraph“ erhoben ein Geschrei über die „Toleranz“ Englands in Aegypten, über die „ägyptische Demagogenbande“, indem sie das Gespenst eines Zaghulkabinetts an die Wand malten, das die Vormachtstellung Englands im Suezkanal bedrohen wird: sie forderten die Auflösung des ägyptischen Parlaments und die Zurücknahme aller vom ägyptischen Parlament in Aussicht genommenen und durchgeführten Reformen sowie die Befestigung der englischen Administration in Aegypten.

Indem Sir Lloyd mit dem unverhüllten, durch nichts beschönigten Okkupationsregime drohte, wohl wissend, wie teuer der ägyptischen Bourgeoisie der ihr gewährte Schatten einer Unabhängigkeit ist, konnte er im voraus seinen Sieg feiern. Aber er zog es vor, eine Verhandlungskomödie aufzuführen. Die Verhandlungen, zu denen außer Sir Lloyd und Siwar Pascha auch Adli und Zaghul hinzugezogen wurden, dauerten vier Tage. Der ganze Fragenkomplex, der andauernd Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen Aegyptens und Englands hervorruft, wurde einer Beratung unterzogen. Sir Lloyd spielte geschickt die Verhandlungskomödie, und der alte Zaghul unterbreitete dem „Residenten“ sein Programm. Er schlug vor: 1. das in Aegypten stationierte englische Heer östlich vom Suezkanal abzutransportieren und nur die Luftstützpunkte in Abukir und Heliopolis zu belassen; 2. den britischen Beamten unter Gewährung einer Abfindung den Abschied zu geben; 3. Aegypten die vollkommene Freiheit der auswärtigen Beziehungen zu gewähren und die Kapitulationen aufzuheben; 4. die Verpflichtung für England, Aegypten zu verteidigen, und für Aegypten, im Kriegsfall auf seiten Englands zu kämpfen; 5. die gemeinsame Verwaltung des Sudan durch England und Aegypten wiederherzustellen, unter Gewährung des Rechts an die ägyptische Regierung, im Sudan Zivil- und Militärbeamte zu ernennen; 6. Aegypten anheimzustellen, einen Beamten zu ernennen, der die Benutzung der Nilgewässer zu überwachen haben soll.

Dieses von Zaghul vorgeschlagene Programm der ägyptischen Bourgeoisie wurde von Sir Lloyd mit einem strengen Verweis beantwortet. Den Vertretern der führenden ägyptischen politischen Parteien wurde zu verstehen gegeben, daß die Kapitulationen nicht aufgehoben werden, daß der Sudan endgültig und unabänderlich der Herrschaft Aegyptens entzogen sei. Und zur Krönung alles dessen wurde ihnen der Vorschlag gemacht, der von ihnen in Aussicht genommenen Heeresreform zu entsagen.

Die ägyptischen Politiker hatten gar nicht den Verdacht, daß sie in diesem ganzen Spiel nur die Schachfiguren waren, daß Flut und Ebbe ihres oppo-

sitionellen Eifers „in planmäßiger Ordnung“ durch das scharfsichtige Auge des Londoner Kabinetts geregelt wurden, daß ihre Träume und Pläne einer Reorganisation der ägyptischen Scheinarmee nur eine Episode in der Durchführung des ungleich wichtigeren Planes zur Reorganisierung der bewaffneten Kräfte des englischen Imperialismus sind. Die englische Provokation gelang auf das beste. Aegypten ist in der Klemme, und zwar unter Assistenz Zaghluls, des ägyptischen Marquis Posa.

Ebenso wie in China das Wachstum der allgemeinen Unzufriedenheit der chinesischen Massen mit der Piratenpolitik Englands nicht die kapitalistischen Staaten davon abhielt, sich mit England zu solidarisieren, beobachten wir auch in Aegypten während der Zuspitzung der Beziehungen zu England eine rührende Einigkeit der Mächte. Italien, dessen Besitzungen an Aegypten grenzen, Frankreich, von dem Aegypten zu Anfang des vorigen Jahrhunderts beinahe erobert worden wäre, — beide Verbündete Englands waren auf seiner Seite. Die rührende Einmütigkeit der bürgerlichen Welt in der Frage der anglo-ägyptischen Beziehungen wurde von den Führern der italienischen Faschisten in Aegypten und von dem Gesandten der USA Doktor Howell beeinträchtigt. Der letztere bekundete offen Zaghlul seine Sympathie; er behauptete öffentlich, das Leben und Eigentum der Ausländer seien hinreichend gesichert und die Vorrechte der Engländer seien durch nichts zu rechtfertigen.

Diese liberale Gebärde, die in die Gesamtposition der „zivilisierten Welt“ eine klaffende Bresche schlug, rief um so mehr Empörung in englischen Kreisen hervor, als die „Taktlosigkeit“ Howells anscheinend mit dem Verhalten seiner Regierung in Einklang stand. Das Reichsgericht der Vereinigten Staaten, das unlängst die Klage einer amerikanischen Staatsbürgerin gegen die Führer der „Wafd“ behandelte, sprach sich in seinem Urteil dahin aus, daß „Aegypten noch kein unabhängiger Staat geworden ist“ . . .

Aber die honigsüßen Reden Howells sind dennoch nicht mehr als eine liberale Geste. Die Führer der nationalen Bewegung waren sich selbst überlassen. Aus Malta kamen nach Aegypten Großkampfschiffe, englische Truppen wurden aufgestellt, der englische Resident drohte, den ganzen wackligen Bau der ägyptischen „Unabhängigkeit“ umzustürzen, und der Ausgang des von dem gleichen England provozierten Zusammenstoßes war vorausbestimmt.

Die verantwortlichen Politiker kapitulierten vor England. Aus Furcht vor einer gewaltsamen Auflösung des Parlaments nahmen sie zur Erhaltung der Unabhängigkeit des Landes und der parlamentarischen Ordnung alle Forderungen Sir Lloyds an.

Die Drohungen taten ihre Wirkung. Aegypten gab nach, und der Konflikt, der soviel Nahrung für das Zeitungsgeschwätz geliefert hat, wurde „beigelegt“. Die Lage Englands in Aegypten wurde noch fester. Der Sirdar blieb im Amte und wurde sogar zum Marschall ernannt.

Der Urlaub Sir Lloyds und die Reise König Fuads und Sarwat Paschas nach London können nur politische Wickelkinder einigermaßen beruhigen; die wirkliche Sachlage wird dadurch nicht im geringsten geändert. In London werden das „gekrönte Mißverständnis“ und sein Ministerpräsident ein neues Abkommen treffen . . . über die „Freundschaft“ zwischen Aegypten und England. England wird den Besitz der Kommandohöhen in Aegypten

ten noch genauer festlegen, und dieses wird im Austausch dagegen einen neuen Fetzen Papier erhalten.

Aber Ägypten hat sich im Verlauf der Ereignisse geändert. Die Verschärfung der Beziehungen zwischen der englischen und der ägyptischen Regierung hat das Kräfteverhältnis im Lande, das Gesicht der einzelnen Klassen und Parteien anschaulich aufgezeigt. Die Großgrundbesitzer und ihre Partei „Ittihad“ freuten sich im voraus auf die Abschaffung des parlamentarischen Regimes und bereiteten sich auf die Uebernahme der Macht vor. Als hätten sich die bürgerlichen Parteien vereinigt, so verwischte sich die Grenze zwischen Wafd und den Adlisten. Die letzteren eigneten sich die für den inneren Gebrauch berechneten revolutionären Phrasen und Gebärden Zaghluks vorzüglich an, und Wafd stand an „Loyalität“ in bezug auf England nicht hinter Adli zurück. Diese „Loyalität“ bewiesen denn auch die Führer beider Parteien bei der „Beilegung“ des Konflikts. Die Noten, die zwischen Ägypten und dem englischen Ministerium ausgetauscht wurden, veröffentlichte man nach Möglichkeit überhaupt nicht; die Interpellationen der Watanisten, die den Schutz der wirklichen Unabhängigkeit Ägyptens forderten, blieben unbeantwortet. Zaghlu brach die Besprechung ab.

Aber aus dem Kreise des Wafd selbst tritt eine ernsthafte Opposition zutage, die durchaus nicht gewillt ist, sich mit der Auslegung von Texten, und seien sie noch so verfassungsgemäß, abzugeben. Es kräftigten sich die mehr links als Wafd stehenden Elemente, die Watanisten, deren Führer eine unverhohlene Neigung beweisen, das Programm der „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ anzuerkennen. Auch die Arbeiterbewegung, dieser unbedingte und unversöhnliche Feind des kolonialen Regimes, erhebt ihr Haupt.

Die Bevölkerung Ägyptens erblickte den Zusammenhang zwischen der äußeren und der inneren Politik, zwischen der politischen Ordnung innerhalb des Landes und seiner internationalen Lage. Die ittihadistischen Agrarier stellen sich offen auf das Regime der militärischen Besatzung ein; die ägyptische Bourgeoisie und Wafd rühren sich nicht von der Stelle und verharren in ihrem Eigensinn, aber letzten Endes gehen auch sie hinter dem Triumphwagen des englischen Imperialismus her. Eine prinzipielle Opposition gegen die gepanzerte Faust Großbritanniens, eine Bewegung zum Schutze der wirklichen Unabhängigkeit des Landes wird nur vom Proletariat organisiert, das alles wahrhaft Revolutionäre in der Intelligenz, der Kleinbourgeoisie und der Bauernschaft um sich sammelt. Dieser prinzipiellen Opposition gehört die Zukunft, denn sie allein kann Ägypten aus der langwierigen kolonialen Sklaverei befreien.

Aber diese Opposition ist erst im Ausreifen und sammelt ihre Kräfte. Ihre Vertreter gehen in den Folterkammern zugrunde (wie Anton Marun, der 1922 im Gefängnis von Kairo zu Tode gemartert wurde), sie werden des Landes verwiesen . . .

Im Frühling feierte man den berühmten arabischen nationalen Dichter Ahmed Schuki Bey. An den Feiern beteiligten sich auch die ägyptischen Minister und zugleich mit ihnen eine spezielle Abordnung der syrischen Aufständischen, die dem „Sänger der nationalen Befreiung“ eine Adresse überreichte. Es wurde über die Befreiung aller arabischen Länder vom fremden Joch gesprochen. In den Reden wurde darauf hingewiesen, daß,

wenn Bismarck und Goethe die Schöpfer der deutschen Einigung seien, der „König der Dichter“ Schuki Bey ein solcher arabischer Goethe sein werde, und es wurde faßlich angedeutet, daß die unterdrückten Völker der unermesslichen arabischen Länder aus Aegypten ihren Bismarck erwarten . . .

Die arabischen Länder brauchen heute indessen keinen Goethe und jedenfalls bestimmt keinen Bismarck. Die dumpfe Unzufriedenheit der werktätigen Massen dieser Länder verlangt als Ablenkung eine machtvolle revolutionäre Partei, deren hingebender Kampf den Volksmassen Lehren politischer Weisheit nicht bürgerlichen bismärckischen Charakters vermitteln soll.

S O N T E R :

## LOUIS FISCHER, „PETROLEUM-IMPERIALISMUS“\*

Louis Fischer ist weder Kommunist, noch Marxist: Er ist ein amerikanischer Schriftsteller, einer von den ganz wenigen, die keinerlei Tendenz zur Vergewaltigung der Tatsachen im Interesse irgendeiner verlogenen Philosophie oder zur Beschönigung der Klasse, der er angehört, zeigen. Noch einen dritten Vorzug hat der Verfasser des rezensierten Buches: er beherrscht glänzend den gesamten Stoff „ringsherum um das Petroleum“. Mit großer Sachkenntnis stellt er die Tatsachen über die Rolle und Tätigkeit des Petroleumkapitals seit dem Kriege in bezug auf die sowjetrussischen und persischen Oelvorkommen fest und kommt zu folgenden Ergebnissen, die denn auch den Inhalt des vorliegenden Buches ausmachen:

1. Eine erhebliche Rolle im Duell zwischen dem deutschen und dem englischen Imperialismus während des Weltkrieges spielte der Kampf um die türkisch-persischen Oelfelder. Die Eroberung der türkischen Oelfelder durch die englischen Truppen löste sofort den Vorstoß der Türken nach Batum sowie den durch die Rivalität des „treuen“ Verbündeten der Türken bedingten Vorstoß der deutschen Armee nach Tiflis aus. Die Motive dieses erstaunlichen Unternehmens, das einem Verzicht auf die Eroberung der Irak-Oelfelder gleichkam, schildert Ludendorff in seinen Memoiren wie folgt:

„Bei der Besprechung in Spaa willigte der Reichskanzler in bezug auf unsere Politik in Georgien ein, daß als sein Vertreter Oberst von Kreß, der von der Palästina-Front nach Deutschland zurückgekehrt war, mit einer Schutztruppe von 1 bis 2 Kompagnien nach Tiflis ging. Es war nötig geworden, daß wir hier kräftiger auftraten. Dies verlangte, ganz abgesehen von dem Wunsche nach militärischer Kräftigung auf jenen Gebieten, unsere Rohstoffversorgung. Daß wir uns darin nicht auf die Türkei verlassen konnten, hat ihr Verhalten in Batum von neuem bewiesen. Sie nahm alle vorgefundenen Bestände für sich in Anspruch. Auf Oel aus Baku konnten wir nur dann rechnen, wenn wir uns selbst halfen.“\*\*

Der Zusammenbruch der deutschen Front veranlaßte die Engländer zu einem ebenso gewagten Schritt, nämlich zu dem Marsche vom Irak durch Persien ans Kaspische Meer und von dort nach Baku. Der Engländer, der diese Expedition führte, war nicht so naiv-offenherzig wie Ludendorff, sondern erklärte das kühne Unternehmen, das dem Bakuer Petroleum galt, mit dem Wunsche, die dort sich bildenden neuen Staaten zu schützen.

2. Diese Geschichte des Kampfes um die Vorherrschaft im Kaukasus liefert den Schlüssel zum Verständnis des Wesens der im Kaukasus betriebenen Bildung „unabhängiger“ Staaten, besonders des georgischen, sozialdemokratischen „Paradieses“, wie Kautsky dieses Wunderland der Korruption und des Imperialismus nannte. Zwar liegt hierüber schon Material genug vor, und namentlich sind die stenographischen Berichte über die Verhandlungen zwischen der georgischen Regierung und der imperialistischen Macht, die damals im Kaukasus die Befehlsgewalt ausübte, veröffentlicht worden. Da aber die Sozialdemo-

\* Staatsverlag, Moskau 1927. — 175 Seiten. Louis Fischer: „Oil Imperialism“. The international struggle for Petroleum. International Publishers, New York, 1926. — 256 Seiten.

\*\* Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen, S. 530.

kratie immer noch von einer Vergewaltigung Georgiens spricht, so gewinnen die Ausführungen von Louis Fischer, eines durchaus unverfänglichen bürgerlichen Zeugen, besonderes Interesse. Als die kaukasischen unabhängigen Staaten sofort nach ihrer Gründung in schwere Kämpfe untereinander verwickelt wurden, rief die georgische Regierung zusammen mit den georgischen Menschewisten die Deutschen herbei:

„Damals wandte sich Georgien an die Deutschen mit der Bitte, so liebenswürdig zu sein, in ihr Territorium einzurücken. Nichts konnte den Deutschen gelegener kommen.“\* (Seite 21.)

Am 25. Mai landeten 3000 deutsche Soldaten im georgischen Hafen Poti.

„An demselben Tage wurde das allkaukasische Parlament, das in Tiflis tagte, aufgelöst und N. O. I. Djordania, der Führer der Menschewisten, erließ eine Deklaration in bezug auf die Unabhängigkeit der menschewistischen Georgischen Republik. Doch diese Unabhängigkeit nahm außerordentlich eigenartige Formen an: am 28. Mai unterschrieb der deutsche Offizier v. Lossow eine Vereinbarung mit Tschen-Kelin, dem Bevollmächtigten der „unabhängigen“ Republik, nach der die Eisenbahn und alle Seekräfte Georgiens in die Hände der Deutschen zu übergeben seien. Dann wurde mit den Türken eine Vereinbarung getroffen, wonach den Deutschen das Recht zustand, ungehindert Oel nach Baku zu transportieren. Bis zum Abrücken der Deutschen war die menschewistische Republik nichts anderes als ein Spielzeug in den Händen der Deutschen.“ (Seite 21.)

Und was geschah, als die Engländer einrückten?

„Die Engländer richteten sich im Kaukasus häuslich ein. Sie nahmen alle Staatsgebäude, Banken, Post, Telegraph, Gericht usw., sowie die Polizei-Funktionen in ihre Hände. Sie schrieben den Menschewisten vor, wer von den Kommunisten zu verhaften ist und wer ins Gefängnis gesteckt werden soll. Zum Glück für die Engländer führten die Menschewisten mit der gleichen Bereitwilligkeit die Befehle der britischen Generale aus, mit der sie einige Monate vorher die Instruktionen des deutschen Offiziers ausführten.“ (Seite 24.)

Louis Fischer zeigt hier, daß die ganzen Verhandlungen der georgischen Menschewisten mit den Engländern sehr stark „nach Petroleum“ rochen, ähnlich den Verhandlungen Sawinkows mit den Engländern, die seinem eigenen Geständnis zufolge auch stark „nach Petroleum“ rochen.

3. Als in dem eben gekennzeichneten menschewistischen Paradies die bolschewistische Revolution ausbrach, wurden dadurch alle Pläne der Imperialisten in bezug auf das sowjetrussische Petroleum über den Haufen geworfen, und das war einer der Faktoren, der auf Jahre hinaus die Politik der imperialistischen Mächte Sowjetrußland gegenüber bestimmte. Entscheidende weltpolitische Ereignisse haben häufig auch in der Folge im gleichen Grade denselben Kampf um das kaukasische Petroleum widergespiegelt, z. B. die Genueser Konferenz, die Haager Konferenz usw.

Louis Fischer hält es durchaus für keinen Zufall, daß 1924 — nach verhältnismäßig verbesserten Beziehungen zwischen England und Sowjetrußland auf Grund der Hoffnungen des englischen Oel-Kapitals, steigenden Einfluß auf das Sowjet-Oel zu bekommen, und nachdem sich diese Hoffnungen zerschlagen hatten und die Sowjetunion das Petroleumgeschäft in England durch eigene Verkaufsorganisationen selbst in die Hände nahm — „plötzlich“ wieder mal ein menschewistischer Aufstand im Kaukasus ausbrach. Fischer stimmt voll und ganz dem bekannten Kaukasus-Fachmann Nannenbruch zu, der offen in der „Deutschen Zeitung“ vom 17. September 1924 schrieb:

„Gerade in dem Augenblick, als die britischen Oelpolitiker verstanden, daß das englisch-russische Handelsabkommen für die englische Oelindustrie keine Früchte einbringen würde, erhob sich ein menschewistischer Aufstand im Süden Rußlands. (Im Kaukasus.)“

Es dürfte auch kein Zufall sein, daß jetzt, 1927, nach dem Abbruch der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und England, vier große, ehemals am Kaukasus-Oel stark interessierte Trusts, unter Führung des bekannten Interventionisten Urquhart, einen Aufruf zum Boykott des kaukasischen Oels erließen. Nach dem Material, das Louis Fischer in seinem Buch gebracht hat, ist sehr wohl anzunehmen, daß der Abbruch der Beziehungen neben anderen Gründen auch solche, die die englischen Oel-Interessen berühren, gehabt hat.

\* Alle Zitate sind dem russischen Exemplar entnommen.

4. Um aber den Zusammenhang zwischen einer Reihe großer weltpolitischer Ereignisse mit dem sowjetrussischen Oel aufzeigen zu können, müßte Fischer auch den innigen Zusammenhang zwischen dem Oel-Kapital und den jeweiligen kapitalistischen Regierungen nachweisen. Auf Grund eines reichen Tatsachenmaterials kommt er z. B. in bezug auf die Genueser und Haager Konferenz zu folgender Beurteilung:

„Genua war der erste allgemeine Versuch der großen Oeltrusts, mit der Unterstützung der entsprechenden Minister des Auswärtigen auftretend, ihre Position im Kaukasus mit friedlichen Mitteln zu stärken.“ (Gespart von uns. — Seite 31.)

oder:

„Die Haager Konferenz war eine Wiederholung der vorhergehenden (genuesischen — R. S.), nur mit geringen Variationen. Offiziell kämpften auf ihr die Regierungen. Faktisch waren die Diplomaten nur die gehorsamen Waffen der gigantischen Oel-Organisationen.“ (Seite 171.)

Natürlich setzte sich dieser Zusammenhang zwischen Petroleum, Trusts und Diplomatie nicht so einfach durch, denn die Diplomatie war auch dem Einfluß anderer kapitalistischer Faktoren sowie der Gegensätze unter ihnen, namentlich des Gegensatzes zwischen den Petroleumkönigen Englands und Amerikas, ausgesetzt, die der Verfasser lebendig schildert. Das Buch, das speziell dem Petroleum-Imperialismus gewidmet ist, gibt aber eine typische Illustration jenes engen Zusammenhanges, der zwischen dem Raubtierappetit der kapitalistischen Trusts und der Politik der „demokratischen“ Regierungen besteht.

Und es ist überaus lehrreich, daß dieser bürgerliche Schriftsteller, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Bonzen, keinerlei Illusionen hegt über die wirklichen Ursachen der im Anzug befindlichen Kriege.

„Jene, welche noch glauben,“ schreibt er, „daß Kriege geführt werden zur Sicherung des Friedens, zum Ruhme der Demokratie und zum Schutze der nationalen Ehre, irren sich gewaltig. Heute stellt zwar das Oel nicht den einzigen Grund für Kriege dar, doch, obgleich es erst in der letzten Zeit eine solch breite Verwendungsmöglichkeit gefunden hat, rief es schon mehr Konflikte hervor als irgendein christliches Ideal. In dem Maße, wie seine Bedeutung für den Transport und die Industrie wächst, wird es immer mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen und mehr und mehr Opfer fordern. Im Laufe der Zeit wird diese Gefahr immer mehr wachsen.“ (Seite 174.)

5. Wenn auch einige Gesichtspunkte Fischers in bezug auf die chinesische Revolution oder in bezug auf das Verhältnis zwischen Japan und der USSR und Amerika und der USSR uns nicht ganz stichhaltig zu sein scheinen, so verliert die vorliegende Schrift dennoch dadurch nicht ihren Wert. Sie wirft ein Licht auf den imperialistischen Hexenkessel im gegenwärtigen Augenblick und kann als ausgezeichnete Waffe dienen zum Kampf gegen die sozialdemokratische Ideologie und Praxis. All die „Säulen“, auf denen diese Ideologie ruht — die Entwicklung der Trusts zu wirtschaftlichen und politischen Friedenshochburgen, die Durchsetzung der friedlichen Demokratie innerhalb der kapitalistischen Welt, die Veränderung des Charakters des Imperialismus und die ideologische und politische „Unabhängigkeit“ der Sozialdemokratie, verwandeln sich im Lichte der von diesem bürgerlichen Verfasser angeführten Tatsachen in jämmerliche Illusionen, die dazu bestimmt sind — die Massen zu betrügen. Das Buch ist wert, auch dem Arbeiterleser zum Studium vorgelegt zu werden.